

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und in durch die Haupt-Expeditionen...
- Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rml. + 8 Pf. Trägertlohn + 0,50 Rml. monatlich 1,75 Rml. + 35 Pf. Trägertlohn + 2,10 Rml. Durch die Post einhalb Zehntelungsgeldern 2,16 Rml.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21736
Postfach-Konto Postfach-Amt Breslau Nr. 5552.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 10 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Tage 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Verlehnungs-, Vermietungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition...
Unbeantwortet eingelaufene Manuskripte werden nur zurückgeliefert, wenn Rückporto beiliegt

Die G.P.S. zur Frage der Regierungsbeteiligung

Der Parteitag der französischen Sozialdemokratie bestätigt die Novemberentscheidung der Landeskonferenz

Der sozialistische Parteitag, der am Sonntagabend beendet wurde, hat sich mit über 500 Stimmen Mehrheit gegen die Regierungsbeteiligung ausgesprochen. Die mit 2008 gegen 1507 Stimmen bei 35 Stimmen Enthaltung angenommene Entscheidung lautet wie folgt:

- 1. Der Kongress erklärt:
2. daß er die Entschiedenheit des Generalrates vom 28. und 29. Oktober 1929 (Ablehnung des radikalsozialen Angebots zur Bildung einer gemeinsamen Linksregierung, D. Red.) gutheißt;
3. daß die Partei jederzeit bereit ist, die Verantwortung für die Regierungsgeschäfte zu übernehmen, jedoch unter der Bedingung, daß sie die Regierung entweder allein übernimmt, oder wenigstens die Majorität, oder die Leitung in der Regierung inne hat und auf Grund eines Programms von eindeutig sozialistischem Charakter;
4. was die eventuelle Beteiligung der Sozialisten an einem Koalitionskabinett betrifft, so ist dieser Gedanke für die gegenwärtige Legislaturperiode ganz abzulehnen und kann überhaupt nur im Falle von „außerordentlichen Bedingungen“ in Betracht gezogen werden, falls ein Parteikonkord oder Generalrat die Bedingung als solche vollkommen anerkennt.

In den beiden oben vorgezeichneten Fällen hat die betreffende Versammlung selbst die Auswahl der sozialistischen Minister zu treffen.

Der Verlauf der Verhandlungen

Der außerordentliche Parteitag der französischen Sozialistischen Partei hat am Sonntagabend in Anwesenheit von über 1000 Delegierten und zahlreichen Vertretern aus dem Ausland sofort mit höchst temperamentvollen Debatten begonnen.

Der Abgeordnete Kamadour brachte zu Beginn der Sitzung eine Entschließung ein, in der er verlangte, daß was auch immer auf dem Parteitag beschlossen werden würde, die Einigkeit der Partei gesichert und unerschütterlich bleiben müsse, zumal es sich in Grunde genommen nur um rein taktische Diskussionen handele. Diese Entschließung gab dem Abgeordneten Paul Boncour, dem langjährigen Vorkämpfer des Regierungseintritts der Sozialistischen Partei, Anlaß zu einer prinzipiellen Erklärung. Er wünschte, betonte Paul Boncour, vor allem darüber beruhigt zu sein, wie die regierungsfeldige Mehrheit der Partei ihren heute mit mathematischer Sicherheit zu erwartenden Sieg künftighin auszunutzen gedenke. Es wäre eine Katastrophe, nicht nur für die Partei, sondern für die französische Republik und die demokratische Idee in ganz Europa, wenn die französische Sozialisten prinzipiell und absolut jede Mitarbeit an einer demokratischen Linksregierung ablehnten. Rücksicht auf die Parteieinheit dürfte nicht immer über alles gehen. So habe man sich auch in Tours von den Kommunisten trennen müssen. Wenn heute die Partei ihr demokratisch-sozialistisches Ideal aufgeben und mit den Kommunisten Frieden zu machen suche, dann werde er, Boncour, seine volle Handlungsfreiheit wieder ergreifen. Niemals werde man ihn dazu zwingen können, einen Entschluß anzunehmen, den er mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könne. So z. B. werde er es nicht hinnehmen, daß die Partei das Prinzip der nationalen Verteidigung ablehne unter dem Vorwand einer „inneren Stärkung ihrer Idee“.

Generalsekretär Paul Faure protestierte gegen die Ausführungen Boncours und erklärte, daß die Sozialistische Partei es nicht nötig habe, ihr Ideal bei anderen zu suchen. Sie sei und bleibe die Partei des Kampfes gegen den Kapitalismus, sie sei und bleibe Gegnerin von Moskau und beabsichtige keineswegs, einen Schritt nur in Richtung nach den Kommunisten zu tun. Allerdings sei eine innere Auffassung notwendig; denn man habe in der letzten Zeit das Parteideal manchmal zu sehr übersehen und manchmal zuviel „Politik getrieben“. Gewiß würden die Sozialisten das Wort nicht gegen einen Angriff von außen her verteidigen, aber sie könnten und dürften es nicht zulassen, daß die ganze Wissenschaft, der ganze Fortschritt in den Dienst des Krieges gestellt würde und das Militärbudget alle finanziellen Kräfte des Landes zum Nachteil der notwendigen Sozialreform verschlinge. Es sei also höchst bedauerlich, daß Paul Boncour mit einer „Gewissensfrage“ wie er es nennt, Verwirrung stifte und mit einer Entlassung drohe, für die kein Grund und kein Anlaß gegeben sei.

Der Abgeordnete Renaudel seinerseits betonte, daß seine Ansichten über die nationale Verteidigung keineswegs dieselben seien wie die Faures. Die Sozialisten hätten an der Heeresreform und an der Organisation der Grenzverteidigung höchst aktiv mitgewirkt. Sie hätten damals das Heer und seine neue Ausgestaltung gegen die Kommunisten verteidigen müssen. Sie könnten und dürften sich heute nicht desavouieren. Im übrigen erklärte Renaudel, verlange er, daß der Widerheit in der Partei, die seit dem Parteitag von Nancy nicht mehr im Vorstand vertreten sei, ihr Recht zuteil werde. Sie habe sich niemals ihren Pflichten zu entziehen versucht, sie könne dafür aber auch beanspruchen, daß man von der Parteileitung aus über ihre Forderungen nicht vollkommen diskussionslos zur Tagesordnung übergehe.

Paris, 25. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Generalausprache auf dem außerordentlichen Parteitag der französischen Sozialisten wurde in der Nacht zum Sonntag um 3 Uhr mit der Einsetzung

einer Kommission zur Ausarbeitung einer Entschließung beendet. 122 Delegierte stimmten für die Zusammenlegung dieser Kommission aus Anhängern der Regierungsbeteiligung, 192 für die Zusammenlegung aus Gegnern, 182 Delegierte stimmten für ein vermittelndes Kompromiß.

Die Diskussion verlief nach dem außerordentlich lebhaften Auftakt der ersten Kontroverse zwischen Boncour und Paul Faure ziemlich ruhig. Die Vertreter der beiden Strömungen in der Partei ließen eine loyale und gründliche Aussprache, die zwar temperamentvoll geführt wurde, jedoch in keinem Augenblick auch nur zu einem geringen Zwischenfall Anlaß gab. Alle Redner stimmten übrigens darin überein, daß die Frage der Regierungsbildung als reine taktische Frage zu betrachten sei und zu keiner Spaltung Anlaß geben könne.

Im Verlauf der Diskussion hatte insbesondere der einflussreiche Abgeordnete und Vizepräsident der Kammer, Groussier, ein alter, weißhaariger Veteran der Sozialistischen Partei, starken Eindruck zu verzeichnen. Er erklärte, früher oder später müsse die Partei doch unter dem Druck der Tatsachen in die Regierung eintreten. Aber hier liege nicht die Frage. Die Frage sei vielmehr die, ob die Sozialisten innerhalb oder außerhalb der Regierung die Welt am besten nach sozialistischen Idealen gestalten könnten. Als er nach der Kammer angehört habe, habe man Millerand aus der Partei ausgestoßen, weil er in das Kabinett Waldeck-Roussell eingetreten sei. Man habe seinerzeit zunächst gegen dieses Kabinett gestimmt. Als es dann aber von der Reaktion bedroht worden sei, habe man dem gleichen Kabinett treue Unterstützung geleistet. Diese taktischen Einstellungsänderungen hätten der Partei damals nicht geschadet. So werde es ihr auch heute nicht schaden, ob sie nun in die Regierung eintrete oder nicht. Die Hauptsache sei, daß die Partei ihr Ziel, die Sozialisierung der Gesellschaft, weiter verfolgen.

Emile Kahn, der als Vorkämpfer für die Regierungsbeteiligung bekannt ist, warf vor allem die Frage auf, ob die Partei nicht auch die Pflicht habe, die Reaktion zu bekämpfen, wo und wie es nur möglich sei. Wolle man jetzt Tardieu, einen so energiegelassen, modernen, zielstrebigem Ministerpräsidenten, ruhig gewähren lassen, was wolle man dann nach der Zukunft erwarten? Man müsse doch vernünftigerweise zunächst versuchen, Teilsiege zu erringen, um damit den Endsieg sicherzustellen.

Vincent Auriant seinerseits betonte, daß er in dem Kampf um die Regierungsbeteiligung eigentlich neutral sei. Er sei 1921 unbedingt für die Regierungsbeteiligung eingetreten, heute aber bei der Zusammenlegung der gegenwärtigen Kammer könne er sich dazu nicht mehr entschließen. Mit dem Abgeordneten Lebas endlich kam einer der Führer der „Antiregierungsfraktion“ zu Wort. Es wäre Selbstmord gewesen, erklärte der Redner, wenn die Partei das Angebot Daladiers seinerzeit angenommen hätte. Die Zerstückelung des Sozialverleinerungsgesetzes, die augenblicklich im Gange sei, die Genehmigung des Flottenbauprogramms für die nächsten Jahre und die neuen Festungsbauten zeigten deutlich, daß alles, was reaktionär und sozialistenfeindlich die gegenwärtige Kammer sei. Es sei also ausgeschlossen, daß in ihr gegenwärtige Regierung eine Mehrheit finden könnte. Eine entschiedene Linksregierung eine Mehrheit finden könnte. Nach kurzen Ausführungen Brades und Zyromskis schloß Paul Faure die Debatte ab. Ein Kabinett Daladier wäre niemals in stande gewesen, die Macht in der Hand zu behalten. Wie recht man gehabt habe, Daladiers Angebot abzulehnen, zeige am besten die Tatsache, daß die Sozialisten aus seinem Heimatwahlkreis sich reflexlos gegen die Regierungsbeteiligung ausgesprochen hätten. Im übrigen sei es jetzt genug des Streites um die leidige Frage. Welt die Widerheit sich mit dem absehbaren Entschluß des Delegiertentages nicht habe zufrieden geben wollen, habe die Partei zwei volle Arbeitsmonate verloren. Er selbst sei unter allen Umständen gegen die Regierungsbeteiligung. Aber es gelte jetzt vor allem, und er hoffe dabei die volle Mithilfe der Widerheit zu finden, die Partei durch intensive Propaganda so zu härten, daß sie nach den Wahlen im 1932 auch wirklich mit Erfolg das Ruder der Regierungsgewalt ergreifen könne. Er sei sich vollkommen klar darüber, daß die Sozialisten in der Regierung Entscheidendes tun können. So zum Beispiel hätte er, wenn er Ministerpräsident wäre, die Einladung zur Londoner Kattenkonferenz nicht angenommen, um dort vielleicht die Währung allmählich und möglichst langsam vorzubereiten, sondern er hätte, genau dem Beispiel Danemarks folgend, wirklich und tatsächlich bis zum äußersten abgerufen.

Das Schlusswort endlich hatte der Parteiführer Leon Blum, der in eindrucksvollen Worten zur Disziplin und zum Gehorham im Dienste des Parteideals aufrief. Der außerordentliche Parteitag der französischen Sozialisten nahm die Entschließung Lebas an, nachdem der Pausus, daß eine Beteiligung an der Regierung nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden kann, nach einer scharfen Diskussion zwischen den Anhängern und Gegnern einer Beteiligung an der Regierung gestrichen worden war.

Vor dem Abschluß des Parteitages kam es noch zu einem heftigen Zwischenfall, als Deat im Auftrage der Widerheit von der Tribüne herab erklärte, daß seine Freunde das unstrittige Problem der Regierungsbeteiligung nach wie vor nicht eingehend gelöst beträchten und in den Distrikten der Partei gegen die Auffassung der Mehrheit weiterkämpfen würden. Paul Faure wandte sich entschieden gegen diese Auslassungen, während der Vorsitzende des Kongresses den Vortag der Widerheit ausdrücklich bedauerte. Abends gegen 10 Uhr wurde der Kongress beendet.

Die Denkschrift der Landeshauptleute

A. Kr. Es ist selbstverständlich, daß die Aktion der sechs Landeshauptleute bei der Reichs- und Staatsregierung und bei den Parlamenten im allgemeinen und grundsätzlich unsere tatkräftige Unterstützung findet. Ein solcher Schritt in Berlin war im Interesse des deutschen Ostens und insbesondere Schlesiens einmal unbedingt notwendig. Es ist richtig, daß Parlamente und Regierungen noch in weit höherem Maße, als es bisher geschah, ihre Fürsorge dem deutschen Osten zuwenden müssen, wenn auch anerkannt werden muß, daß für gewisse Teile dieses Gebietes, vor allem für Ostpreußen und die Grenzmark, besonders in den letzten Jahren schon viel getan worden ist und in Berlin der beste Wille zur Hilfeleistung immer vorhanden war. Die Ausarbeitung des neuen Ostprogramms gerade in den letzten Wochen und Monaten ist dafür der beste Beweis. Ebenso klar ist aber auch, daß das, was getan wurde, noch bei weitem nicht ausreicht. Das gilt besonders für Schlesien. Das geht aus der Verschlechterung der Wirtschaftslage Schlesiens gerade in den letzten Jahren deutlich hervor. Wir haben darauf ja erst unlänglich der Besprechung der Breslauer Finanz- und Wirtschaftsnut auf das eindringlichste hingewiesen. Wir haben daselbst immer wieder gefordert bei der Besprechung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Wie wenig wir ohne Hilfe Berlins auskommen können, zeigt nicht nur die ungeheure Arbeitslosigkeit in Breslau und anderen Teilen Schlesiens, sondern auch die niederdrückende Last, daß Breslau, die einzige Großstadt des deutschen Ostens außerhalb der Ostseeküste und vor allem die einzige Großstadt Schlesiens, sogar nicht einmal mehr seine Opfer halten kann, daß diese einzige große Oper im ganzen östlichen Teil des deutschen Ostens geschlossen werden muß, wenn der Staat nicht doch noch hilft.

Jemand, der in Not ist, kann aber nur dann mit Recht verlangen, daß andere ihm helfen, wenn er selbst auch alle Kräfte anspannt, um sich selbst zu helfen. Insbesondere muß aber derjenige, der helfen soll, wissen, was der, der um Hilfe bittet, will, und er muß bei der Einleitung seiner Hilfsmassnahmen auch die Unterstützung derrer finden, denen diese Maßnahmen dienen sollen. Das gilt auch für den deutschen Osten und für Schlesien. In dieser Beziehung ist aber im deutschen Osten, insbesondere auch in Schlesien, durchaus noch nicht alles getan, was getan werden konnte und mußte. So müssen wir immer wieder erleben, daß im deutschen Osten selbst von gewissen Kreisen alles getan wird, um die eigene Wirtschaftslage noch zu verschlechtern und die Berliner Stellen an der Durchführung bestimmter Hilfsmassnahmen zu verhindern. Wir erinnern nur daran, daß gerade aus bestimmten Kreisen des deutsch-polnischen Selbst immer wieder gegen den Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages Einspruch erhoben wird, obwohl dieser Vertrag das wichtigste Hilfsmittel zur Hebung der ostdeutschen Wirtschaft von innen heraus — und auf sie kommt es in erster Linie an — ist. So hat erst vor ein paar Tagen wieder der schlesische Landbund mit wichtigen Gründen gegen den Abschluß des Vertrages protestiert. Und es ist nun außerordentlich kennzeichnend, daß die Denkschrift der Landeshauptleute diesen Vertrag überhaupt nicht erwähnt und der Abschluß dieses Vertrages unter den von ihr aufgestellten Forderungen nicht vorkommt. Dadurch muß der Wille der Berliner Stellen zur Hilfeleistung für den deutschen Osten aber entscheidend geschwächt werden. Die wichtigste und notwendigste Maßnahme, der gegenüber alle anderen Mittel Hilfsmittel sind, soll die Regierung nicht durchführen. Für sie setzen sich die berufenen Stellen in keiner Weise ein. Es ist das um so merkwürdiger, als der Inhalt der Denkschrift an einer großen Anzahl von Stellen die Forderung nach Abschluß des Handelsvertrages außerordentlich nahe legt. So wird darüber gesagt, daß Ostdeutschland durch den Friedensvertrag einen außerordentlich großen Teil seines Absatzgebietes verloren habe, daß Ostdeutschland aber nach dem Weiten wegen seiner ungunstigen geographischen Lage nicht abgeben könne, und daß endlich die abgetretenen Gebiete und die auch früher außerdeutschen Absatzgebiete im Osten vor allem aus deshalb als Absatzgebiete nicht mehr in Frage kommen, weil sie durch hohe Zollmauern abgetrennt worden sind. Der Zollkrieg, der diese Abtrennung aber erst vollendet hat, und auf den besonders die hohen Zölle, die die polnischen Grenzen sperren, zurückzuführen sind, wird kaum jemals erwähnt. Und vor allen Dingen wird niemals erwähnt, daß man die Zollmauern abbauen und damit die verlorenen Absatzgebiete zum mindesten zum Teil wieder öffnen kann durch den Abschluß eines Handelsvertrages mit den östlich anliegenden Ländern, insbesondere mit Polen. Glaubt man, daß das Interesse des übrigen Deutschland für den deutschen Osten steigen wird, wenn dieses übrige Deutschland sehen muß, daß man sich im deutschen Osten selbst immer wieder sträubt, die wichtigsten und notwendigsten Maßnahmen zu ihrer Hilfe durchzuführen?

Sicherlich beruht der Minderstand eines Teils der ostdeutschen Bevölkerung, insbesondere Schlesiens, gegen den Abschluß des Handelsvertrages mit Polen auch mit auf ihrer nationalpolitischen Voreingenommenheit gegenüber diesem nationalpolitischen Staat. Diese nationalpolitische Voreingenommenheit, die eine Verstandigung mit unserem nächsten Nachbar — eine Lebensnotwendigkeit für den deutschen Osten — gar nicht wünscht, kommt auch in der Denkschrift der Landeshauptleute deutlich zum Ausdruck. So wird in der Denkschrift z. B. ohne jeden sachlichen Grund eine Stimmungsmache gegen Polen betrieben, die einer politischen Hege recht nahekommt, so wenn in der Denkschrift ohne jede sachliche Veranlassung wieder einmal behauptet wird, der deutsche Osten bestehe sich national in schwerer Gefahr. Daraus kann gar keine Rede sein, weder Polen noch die Tschechoslowakei haben irgend welche Absichten auf den deutschen Osten oder Teile von ihm. Beide Staaten können sie auch gar nicht haben, weil sie ja schon Staaten sind, die außerordentlich starke nationale Widerheiten in sich bergen. Es ist daher ein Mißbrauch dieser Kundgebung zu parteipolitischen nationalpolitischen Zwecken, wenn diese Denkschrift die sogenannte nationale Gefahr wieder einmal an die Wand malt. Auch dieser Nationalismus-gewisser Kreise der ostdeutschen Bevölkerung, und wie man sieht, sogar gewisser Verwaltungsstellen Ostdeutschlands gehört mit zu den

Verschlechterung des Zündholzmonopolgesetzes

Ein neues, wenig erfreuliches Kompromiß der Regierungsparteien

Berlin, 25. Januar. (Eigener Bericht.)

Die Regierungsparteien des Reichstages beschloßen am Sonnabend hinsichtlich des Zündholzmonopols das monopolfreie Kontingent der Groß-einkaufsgesellschaften der Konsumvereine in der von der Regierungsvorlage vorgesehene Höhe (28 000 Normalstücken für die Hamburger, 3700 Normalstücken für die Kölner Organisation) bestehen zu lassen. Eine Abmilderung tritt bei den Steigerungslagen, die in der Regierungsvorlage allfährlich für die Kontingente vorgesehen sind. Der Steigerungslage vermindert sich nach dem Kompromißantrag für die Hamburger Organisation von 345 auf 230 Normalstücken, für die Kölner Organisation von 50 auf 37 Normalstücken.

Die in der Vorlage vorgesehene Kleinverkaufshöchstpreise werden durch den Kompromißantrag zu Kleinverkaufspreisen (Schlichte), also zu Festpreisen gemacht, die nicht überschritten, aber auch nicht unterboten werden dürfen. Die Abweichung von diesen Preisen soll nach dem Kompromiß bestraft werden. Schließlich kam man überein, die Regierungsvorlage in der Beziehung zu ändern, daß anstelle der vorgesehenen Er-

mächtigung zum Erlaß von Ausführungsbestimmungen die Bestimmung aufgenommen wird: „Die Reichsregierung erläßt Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz, insbesondere auch Vorschriften zur Sicherung der Qualität und über die Ausstattung der Zündwaren; Zuwiderhandlungen können mit Geldstrafen bedroht werden.“

Der Hauptausschuß nimmt das Gesetz an

Der Hauptausschuß des Reichstages hat am Sonnabend den Entwurf eines Zündwarenmonopolgesetzes nach den Bereinbarungen der Regierungsparteien mit Zustimmung des Reichsrats durchgeführt. Damit ist zugleich die langfristige, zehn Jahre und länger dauernde, in Höhe von 125 Millionen Dollars veranschlagt zu 8 Prozent jährlich, gesichert.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer kündigte im Verlauf der Beratungen an, daß er anlässlich der zweiten Beratung des Monopolgesetzes im Plenum des Reichstages am Montag ausführlich auf die Einzelheiten der Anleihe und zugleich auf die Kassenlage des Reiches eingehen werde.

Erfolg der Roggenverhandlungen

Das doppelte Gesicht der „Deutschen Tageszeitung“

Der erste Erfolg der deutsch-polnischen Roggenverhandlungen ist das Wesen und Bedeutung der neuen Etappen für die deutsche Getreidewirtschaft zeigt deutlich das nachfolgende offenbar amtliche Kommuniqué:

Bei den deutsch-polnischen Verhandlungen über die Regelung der Roggenausfuhr handelt es sich im letzten Stadium zunächst um ein Privatabkommen der Getreide-Industrie- und Kommissions-V.G. und der Bank Rosny in Warschau. Die Einzelheiten dieses Abkommens können mit Rücksicht auf den beabsichtigten Zweck der Marktklärung nicht veröffentlicht werden. Wenn aber in einigen Presseberichten behauptet wird, daß hier ein Abkommen auf Kosten Deutschlands getroffen sei, so muß dem mit aller Schärfe widersprochen werden. In diesem Zusammenhang ist beachtlich, daß die „Deutsche Tageszeitung“ zu der Besprechung am Roggenmarkt in ihrer Nummer 38 vom 23. Januar sich äußert wie folgt:

„Das Hauptinteresse zog der Roggenmarkt auf sich. Hier bewirkte die Meldung von einer erfolgreichen Beendigung der zwischen der deutschen und der polnischen Regierung schwebenden Verhandlungen bezüglich einheitlichen Vorgehens auf dem Weltmarkt eine beachtenswerte Befestigung der Stimmung.“

Im Roggenexport sagen die tatsächlichen Verhältnisse bislang folgendermaßen: Deutschland und Polen haben sich in den nordischen Staaten, die in der Praxis allein als Abnehmer für deutschen Roggen in Frage kommen, in einer Weise unterboten, wie es volkswirtschaftlich nicht länger verantwortet werden kann. Die Preise für polnischen und deutschen Roggen sind in den obigen Ländern vom Dezember bis in die letzten Tage von 8,50 Gulden pro Doppelzentner auf 6,50 Gulden zurückgegangen, das heißt Deutschland und Polen vertrieben ihren Roggen zum Preise von 5,50 Mk. pro Zentner und inventarisierten damit die Volksernährung in den Abnehmerstaaten. Außerdem lieferten sie damit billiges Futter für das Vieh, welches nachher nach Deutschland herbeikommt und auf die Märkte drückt.

Es ist geradezu katastrophal, daß wir in Deutschland für Hunderte von Millionen Futter in Form von Getreide und Mais einführen und gleichzeitig unseren Roggen an die räuberischen Konkurrenten der deutschen Landwirtschaft wegwerfen. Die deutsche und die polnische Konkurrenz auf die außerdeutschen Märkte ohne Rücksicht auf den Preis ist im Interesse der deutschen Volkswirtschaft auf die Dauer weder erträglich noch verantwortbar. Wenn nun auf deutscher und polnischer Seite Einigkeit darüber besteht, daß ein solches Verfahren in steigendem Maße unerträglich wird, und daß ein weiteres Weitertreiben zu einem völligen Zusammenbruch des Roggenpreises führen muß, so sollte man diese Einsicht begründen. Man sollte verstehen lernen, daß eine solche Lösung auch die beste Stütze für den Roggenmarkt in Deutschland ist.

Das ist auch das Wesen der Abmachungen. Selbstverständlich kauft die Getreidekommissions-V.G. nicht polnischen Roggen, um ihn in Deutschland abzusetzen, sondern sie sichert sich für eine gewisse Zeit die ausschließliche Verfügung über den polnischen Export, um so dem deutschen Roggen durch Ausschaltung der unerwünschten Konkurrenz höhere Preise zu ermöglichen. Selbstverständlich wird der Export deutschen Roggens, der übrigens nie unterbrochen war, daneben fortgesetzt.

Dieser erste, von der Produktenbörse durch eine Preissteigerung sofort anerkannte Erfolg der auch von der Sozialdemokratie stark geforderten, an der Marktregelung orientierten Agrarpolitik, hat nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Be-

deutung. Der Zollkrieg mit Polen ist noch nicht beendet. Die beiden Länder haben aber bewiesen, daß sie zusammenarbeiten können. Dazu kommt erst der unmittelbare Nutzen für die Landwirtschaft.

Um so schärfer muß man den Reidern dieses ersten erfolgreichen Schrittes auf neuen Wegen auf die Finger zeigen. Gestern haben wir die „Deutsche Tageszeitung“ wegen ihrer gefeierten Demagogie, die freilich dem privaten Getreidehandel nur zu gut zu Gesicht steht, zurechtweisen müssen. Heute zeigt das obige Zitat des Kommuniqués, das auch aus der „Deutschen Tageszeitung“ stammt, daß der Handelstakt dieses Blattes etwas mehr Verständnis für Wahrheit, landwirtschaftliches Interesse und politischen Umstand hat.

Montag Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen mit Polen

Berlin, 25. Januar.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen werden am Montag wieder aufgenommen. Morgen abend begeben sich einige Fachreferenten vom Auswärtigen Amt und Reichswirtschaftsminister nach Warschau, um an den Beratungen mit der polnischen Delegation teilzunehmen. Wie aus Warschau gemeldet wird, scheint in den polnischen Kreisen eine optimistische Auffassung über die Lage vorzuherrschen und man glaubt, den endgültigen Abschluß des „kleinen Handelsvertrages“ in aller nächster Zeit erwarten zu können. Den wesentlichen unter dem noch zu überbrückenden Gegenständen bildet nach wie vor die Schweinefrage und es wird sich zeigen müssen, ob die Polen bereit sind, den deutschen Anregungen zu einer Lösung der schwierigen Frage um Wege bestimmter organisatorischer Maßnahmen zu folgen.

Die „Rote Fahne“ verurteilt

Der verantwortliche Redakteur der „Roten Fahne“ wurde am Sonnabend von einem Berliner Gericht wegen Beleidigung des Polizeipräsidenten Jürgel zu 600 Mark Geldstrafe oder 30 Tagen Haft verurteilt. Die „Rote Fahne“ hatte Jürgel einen „Massenmörder“ und „Arbeiterblutverderber“ genannt.

Der Verteidiger des Angeklagten hatte dem Gericht den Wahrheitsbeweis für die Schuld des Polizeipräsidenten Jürgel an dem blutigen Ausgang der vorläufigen Maiunruhen angeboten. Das Gericht lehnte einen entsprechenden Antrag nach mehrstündiger Beratung mit folgender Begründung ab: Aus dem unter Beweis gestellten Tatsachen könne höchstens der Schuld gezogen werden, daß Jürgel die Verantwortung für die Todesopfer anlässlich der Maidemonstrationen zu tragen habe. Die Bezeichnung „Massenmörder“ und „Arbeiterblutverderber“ besage jedoch, daß Jürgel ein Mensch ist, der jeden sittlichen Gefühlsbar sei.

Die Staatsanwaltschaft hatte gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 1000 Mark mit der Begründung beantragt, daß man auf die kommunistische Presse erzückernd einwirken müsse und das nur durch exemplarische Strafen geschehen könne. Der Schutz der Ehre stehe heute leider in niedrigem Kurse.

„An Ihrer Stelle, Miß Marlowe, würde ich mich von dieser Sache fernhalten“, sagte er hinzu. „Es gibt gewisse Beschäftigungen, die für kleine Mädchen nicht passen.“
„Dinge keine Bevormundung war ihr unerträglich. Sie ätzte vor Wut, und wenn Blide hätten töten können, hätte er nicht mehr vor ihr gestanden.“
„Es scheint, daß Sie sehr viel über die Stanford-Gesellschaft wissen“, fuhr Ralf fort, indem er seinen Jern mit großer Mühe niederstämpfte. „Ich glaube nicht, daß Sopola über einen kleinen Einbruch erhaben ist.“
„Fahren Sie fort zu glauben!“ sagte Amery und wandte sich dann dem Mädchen zu. „Ich bin der Meinung, Miß Marlowe, daß es für Sie besser ist, ins Hotel zurückzufahren.“
Länger konnte sie sich nicht zurückhalten. „Major Amery, Ihr beschließendes Benehmen ist nicht auszuhalten! Sie haben kein Recht, mir vorzuschreiben, was ich zu tun oder zu lassen habe. Bitte, reden Sie mich nicht mehr mit „kleinen Mädchen“ an, weil ich das nicht leide. Das ist das Bureau meines Onkels, obgleich es es bis heute Abend nicht gewußt habe, und ich würde mich freuen, wenn Sie es verließen.“
Mit einem Aufschrei war Amery zur Tür auf den Gang hinausgegangen, und im nächsten Augenblick folgte ihm Ralf. Die Tür hinter sich schließend.
„Hören Sie zu, Amery, denn wir wollen die Angelegenheit gleich hier klären“, bemerkte er. „Ich kann sehen, daß in England nicht Platz für uns beide ist, und ich halte es nur für richtig, auszusprechen, daß, wenn eine der Organisationen kracht, dann wird es nicht die unzerlegte sein! In jenem Geldschrank war Geld — viel Geld. Vor einigen Tagen war es da, heute abend ist es verschwunden. Sie wissen über die Stanford-Gesellschaft Bescheid — und haben schon längst darüber Bescheid gewußt. Das bedeutet, daß Sie hier nach Belieben aus- und eingehen konnten.“
„Mit anderen Worten, ich habe Ihr Geld gestohlen?“ Die grauen Augen schauten belustigt. „Ich will Ihnen einen Rat geben, derselben, der Ihrem toten Mitarbeiter gegeben worden ist. Halten Sie sich von Sopola fern! Er ist gefährlich!“
Mit diesen Worten entfernte er sich.
Ralf lehnte ergrünt zu dem Mädchen zurück.
„Ist er fort?“ fragte sie.
„Er wollte antworten, aber die Wut wirkte ihn.“
„Also das ist Amery?“ sagte er schwer atmend. „Ich werde an das Schwein denken!“

(Fortsetzung folgt)

Sindernissen, die aus Ostdeutschland selbst heraus der Besserung der Wirtschaftslage des deutschen Ostens in den Weg gelegt werden. Gläubt man, daß man im Reich ein tieferes Interesse für ein Gebiet und eine Bevölkerung gewinnen kann, aus denen heraus immer wieder Unruhmühungen und Störungen in die Beziehungen des Reiches zu unseren Nachbarn östern und Staaten getragen werden? In den übrigen Teilen des Reiches weiß man und läßt man tief, daß Deutschland sich nur erholen kann in einem befruchteten Europa und in einem Europa, das über die nationalen Gegensätze und feindlichen Gesinnungen hinweg zu einer großen Wirtschaftseinheit aufkommen wird, daß Deutschland nur in einem befruchteten Europa eine Zukunft hat. Man hat deshalb dort nichts übrig für die dauernde Stimmungsmache gegen ein Volk, auf dessen Freundschaft Deutschland angewiesen ist.

Endlich sollte man nun aber auch einmal in Ostdeutschland und insbesondere in Schlesien gelernt haben, daß man in Berlin nur dann etwas erreicht, wenn man den Berliner Stellen die Verhältnisse richtig schildert und mit seinen Forderungen im Bereich des Möglichen bleibt, bei ihrer Formulierung auch Rücksicht nimmt auf die schwere Finanzlage, in der sich sowohl das Reich wie auch Preußen befindet. Weder das eine noch das andere ist wiederum in dieser Denkschrift der Fall. Dabei gibt es gewisse Stellen in Schlesien, die erst langsam wieder erfahren haben, daß man in Berlin die Dinge selbst recht gut kennt und sich nichts vormachen läßt. Wir wollen heute nicht im einzelnen nachweisen, wo auch in dieser Denkschrift wieder die Dinge offensichtlich falsch dargestellt werden. Wir kommen darauf später vielleicht noch einmal zurück. Nur eins sei heute noch angemerkt. Wenn man schon in die Darstellung der Provinz Brandenburg mit einbezieht, so muß man auch die Stadt Berlin mit einbeziehen; denn beide bilden eine wirtschaftliche Einheit. Gewiß, formal gehört Berlin nicht zur Provinz Brandenburg. Wirtschaftlich aber hängen sie aufs engste zusammen. Sie bilden zusammen ein Wirtschaftsgebiet. Man kann aber, wenn man die Lage eines Wirtschaftsgebietes darstellt, nicht den Kern dieses Gebietes herausnehmen und dann als Darstellung der Lage des gesamten Wirtschaftsgebietes die Darstellung der Lage des Restes ausgeben. Wollte man das a. B. auch in anderen Fällen tun, so würden die Vergleiche zwischen dem deutschen Osten und dem deutschen Westen lange nicht so unglücklich für den deutschen Osten ausfallen, wie das nach der Denkschrift der Fall ist (wenn man a. B. die Provinz Hannover ohne die Stadt Hannover als Vergleich nimmt oder die Vaterlande ohne die Stadt Hamburg). Wollte man Berlin nicht in die Darstellung mit einbeziehen — und daß man das nicht wollte, ist allerdings jählich nicht unbegründet, denn die Lage Berlins ist nicht typisch für den deutschen Osten — so hätte man auch die gesamte Provinz Brandenburg fortlassen müssen. Anderes Erachtens wäre dadurch das Bild des deutschen Ostens viel richtiger geworden und durchaus nicht etwa günstiger, sondern eher noch ungünstiger; denn ein Blick auf die Zusammenstellungen der Denkschrift zeigt, daß unter den ostdeutschen Provinzen Brandenburg immer noch am besten steht. Und das ist auch nicht verwunderlich; denn die Lage Brandenburgs ist eben wegen des Zusammenhangs mit Berlin eine besondere. Sie ist für die Lage Ostdeutschlands nicht typisch.

Wenn die Denkschrift also auch wieder Unklarheit zu viel Kritik gibt, so bleibt doch im großen und ganzen das Ergebnis ihrer Schilderung richtig. Die Forderung des deutschen Ostens ist tatsächlich groß. Auch wir fordern deshalb die Reichsregierung und die Staatsregierung sowie die beiden Parlamente auf, die Denkschrift eingehend zu studieren, und sich wirklich einmal ein Bild von den Verhältnissen im deutschen Osten zu machen. Dann werden sie auch sehr bald erkennen, wie notwendig es ist, diesem Gebiet tatkräftige Unterstützung zu leisten und alles zu tun, um die Wirtschaft des deutschen Ostens neu zu beleben. Man wird dann vielleicht geneigter werden, den deutschen Osten die Subventionen zu gewähren, die der deutsche Osten und insbesondere auch Schlesien nun einmal im Augenblick nicht entbehren können. Noch notwendiger als alle diese Subventionen ist aber die Belebung der schlesischen Wirtschaft von innen heraus durch Wiedererschließung der jetzt verlassenen Absatzgebiete durch die wichtigste Maßnahme, den Abschluß des Handelskrieges. Diese Forderung ist weit wichtiger als die ganze lange Liste der Einzelanforderungen, die die Denkschrift selbst anführt, Forderungen, von denen einige überdies noch recht unglücklich formuliert, andere aber bereits überholt sind und wieder andere überhaupt das Augenmaß für die Möglichkeiten der Bewirtschaftung vermissen lassen.

Die Heimwehr zu Kreuz gekrochen

Wien, 25. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Der vor wenigen Wochen aus der österreichischen Heimwehr ausgeschlossene österreichische Innenminister Schumay ist jetzt unter dem Druck des Landbundes „für Wiederaufgenommen“ erklärt worden. In einer offiziellen Verlautbarung der künftigen Landeszeitung der Heimwehr heißt es dazu, „daß das Ausschlußverfahren in formeller Beziehung Fehler gehabt hat und von nicht genügend geklärt Voraussetzungen ausgegangen sei“. Die Heimwehr hat damit einen vollständigen Rückzug angetreten.

Der Unheimliche

The Sinister Man

von Edgar Wallace. — Uebersetzt von Max E. Schirmer (Nachdruck verboten)

„Aber wie kommst du zu den Papieren, wenn sie am Schreibtisch sind?“ fragte sie logischerweise.

Als Antwort zog er aus seiner Tasche einen Schlüssel. „Lara und ich waren, trotz der letzten Auseinandersetzung, gute Freunde, und er übergab mir diesen Schlüssel, weil ich der einzige Mann war, dem er vertraute, damit ich, wenn ihm etwas zustößen sollte, zu den Papieren kommen könnte.“

Threadneedle Street ist am Abend eine verlassenere Wildnis, und das Gebäude, in dem sich das Bureau der Stanford-Gesellschaft befand, war gerade in den Händen des Reinigungs-personals, als sie die drei Treppen zur ehemaligen heimlichen Arbeitsstätte Mr. Laras hinaufstiegen. In einer Tür, die auf den engen Gang führte, standen die Worte „Stanford-Gesellschaft“. Hallam öffnete die Tür, und Ella wunderte sich, daß es mit demselben Schlüssel geschah, der den Geldschrank öffnete, fragte aber nicht weiter danach.

Er drehte das Licht an, ließ sie in ein nicht besonders großes Zimmer eintreten und verschloß die Tür.

„Das ist das Allerheiligste!“ sagte er.

Es war ein wenig imponierendes Bureau. Der Fußboden ließ jeden Teppichbelag vermissen, ein walliger Tisch, ein Stuhl und ein schöner Geldschrank in der einen Ecke des Zimmers waren die einzigen Gegenstände. Sogar die elektrische Lampe, die von der Decke herabhäng, hatte keinen Lampenschirm.

„Ein ziemlich einfach aussehendes Zimmer!“ meinte Ralf, der aufmerksam schon früher hier gewesen war.

Er stellte die Handtasche, die er mitgebracht hatte, auf den Tisch, ging an den Geldschrank, steckte einen Schlüssel in das Schloß und drehte ihn zweimal um.

Die große Tür öffnete sich, und das Mädchen bemerkte, wie er forschend hineinschaute. Plötzlich hörte sie ihn ein unterdrücktes Jörnemoat ausstoßen.

„Der Schrank ist leer!“ sagte er heiser. „Da ist aber auch gar nichts darin!“

Sie drehte sich plötzlich um. Jemand klopfte an die Glasscheibe der Tür.

„Ralf“, flüsterte sie, „es ist jemand an der Tür.“
Sie konnte auf der Glasscheibe einen Schatten sehen — den Schatten eines Mannes. Ihr Augenblick war Ralf Hellam so bekräftigt, daß er nicht verstand, was sie sagte. Sie sagte ihm am Arm.

„An der Tür?“ fragte er leise. „Es wird wohl einer der Reinemacher sein.“ Dann rief er mit lauter Stimme: „Gehen Sie weiter!“

„Zurück möchte ich Sie aber sprechen“, ließ sich eine Stimme vernehmen, und das Mädchen wäre beinahe ohnmächtig geworden. Es war Paul Amerys Stimme.

XIX.

Ella schloß die Tür auf und trat zurück, um den Mann ein-treten zu lassen. Er war in einem Smoking gekleidet und trug den Ueberzieher über dem Arm. Erst schaute er auf das Mädchen und dann auf Ralf, und Ella sah das halbherzliche und halb-belustigte Lächeln auf seinen Lippen, das ihren Haß hervorrief.

„Sie haben also doch Ihren Weg zu Stanford gefunden, Miß Marlowe?“ fragte er. „Wissen Sie, daß ich Ihnen schon geglaubt habe, als Sie mir sagten, daß Sie noch niemals von dieser unternehmungslustigen Gesellschaft gehört hätten?“

Ralf Hallam war im ersten Augenblick verblüfft, doch dann fiel ihm Laras Warnung ein. Das war Sogola!

„Ich habe Miß Marlowe hierhergebracht, um Geld, das Eigentum Ihres Onkels war, zu holen“, erklärte er, dem anderen in die Augen schauend. „Aber es scheint, daß ich etwas zu spät gekommen bin, denn jemand anders war schon vor mir da.“

Der Eindringling schaute unbekümmert erst auf den offenen Geldschrank und dann auf das Mädchen. Ihr Gesicht verriet ungläubigstes Erstaunen.

„Geld?“ fragte sie. „Ralf, du hast mir nichts von Geld gesagt.“

Für einen Augenblick war er verwirrt. „Hier lagen sowohl Geld als auch Papiere“, äußerte er eifrig. „Die Hauptsache jedoch ist, daß es verschwunden ist. Vielleicht wird uns Major Amery mitteilen können, wer es genommen hat?“

„Ich sollte meinen — Lara“, war die kühle Antwort. „Wer hatte denn ein besseres Recht dazu?“

Er schaute auf das Mädchen, das unter seinem forschenden Blick erstarrte.

Familien-Anzeigen

Johanna Bernhardt
Erich Rimane
Verlobte
Breslau, 27. Januar 1930

Am 24. Januar verschied nach langem schwerem Leiden unser Mitarbeiter, der Sattler
Emil Kalide
im Alter von 48 Jahren.
Sein Andenken werden in Ehren halten
Die Meister und Kollegen
der L. H. B. W. (Ablig. Maschinenbau)
Beerdigung Montag, nachm 2 Uhr,
vom Krematorium in Gräbchen aus.

Am 24. Januar verstarb plötzlich und unerwartet unser lieber, guter Sohn, Bruder, Nefte, Cousin und Bräutigam

Max Wasner

im blühenden Alter von 20 Jahren und 11 Monaten.

Dies zeigen tiefbetrubt an

Breslau, den 27. Januar 1930.

Die trauernden Eltern
Johann Wasner u. Frau
nebst Geschwistern, Anverwandten
und Klara Illgut als Braut
und Töchterchen.

Beerdigung: Dienstag, den 28. Januar,
nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause
Ottostraße 1, nach dem Oswitzer Friedhof
(Tor 6) Halle 2.

Im Wohnheim am Sasfeldweg

(sind noch zu vergeben:

Einige Wohnungen mit 1 Zimmer, eingebauter Küche und Nebengelass, monatlich M. 50.— bis M. 60.— Miete, und einige wenige 2-Zimmer-Wohnungen mit eingebauter Küche, Nebengelass, mit und ohne Loggia.
Besondere Verpflegung in der daselbst befindlichen Gaststätte des Sozialen Frauendienstes, Radioanruf, Lesezimmer, Rauchzimmer.

Desweiteren sind im geschlossenen Zeit noch einige Plätze zu vergeben. Der Monatslohn beträgt bei einem Doppelzimmer einschließlich Verpflegung, Medienung, Beleuchtung, Heizung M. 130.—, Einzelzimmer monatlich M. 170.—, Beschäftigung werktäglich von 9—18 Uhr.
Wendungen am nächsten schriftlich an die Siedlungsgezeinschaft Breslau N. O., Elisabethstr. 2.

Buchhandlung Volkswacht

Modernes Antiquariat
Breslau 9, Neue Graupenstr. 9

Billiger

als in jedem

Ausverkauf

kaufen Sie bei uns
Anzüge von 17.50
Hosen von 1.75
Seber-Jaden von 28.—
Toppfen — Mäntel
Spottbillig
Kaufhaus Oberstr. 7

1 Flurgarderobe,
1 Kleinsessel,
1 kleines Ecksofa
alles gebraucht, billig zu verk.
S. Brandt & Co.
Gartenstraße 6, 1.

Am Freitag, den 24. Januar verstarb nach kurzem, schwerem Leiden unser Arbeitskollege, der Kutscher

Karl Heider

im Alter von 54 Jahren

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Arbeitskollegen der Firma Adolf Imbach & Co.

Beerdigung: Dienstag, nachmittags 3 Uhr, vom Oswitzer Friedhof, Tor 6.

Am 24. Januar 1930, 14 1/2 Uhr, entschlief nach längerem, schweren Leiden mein lieber, guter Mann, unser treusorgender Vater, Bruder, Schwager, Schwiegersohn und Onkel, der Speditionskutscher

Karl Heider

im Alter von 54 Jahren.

In tiefstem Schmerz:

Breslau, Ursulinerstraße 10, den 27. Januar 1930.

Die trauernde Gattin

Gertrud Heider, geb. Bröschel
nebst Kindern.

Beerdigung: Dienstag, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle II des Oswitzer Friedhofes, Tor 6, aus.

Ein treues Vaterherz hat aufgehört zu schlagen!
Am 24. Januar, mittags 12 Uhr, verschied plötzlich nach kurzem, aber schwerem Leiden mein innigstgeliebter Gatte, unser treusorgender Vater, Bruder, Schwager, Onkel und Schwiegervater, der

Haushälter und Kutscher

Ernst Spaniel

im Alter von 46 1/2 Jahren.

Dies zeigt in tiefstem Schmerz an:

Die trauernde Gattin
nebst Kindern.

Beerdigung: Dienstag, den 28. Januar, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause in Laskowitz nach dem Gemeinde-Friedhof in Laskowitz.

Große Vorteile bietet mein
Inventur-Verkauf

Beginn: Dienstag, 28. Januar

Bettfedern / Damen

Snietts / Bettwäsche / Serlige Betten

36 bringe nur meine bekanntesten Qualitätswaren zum Verkauf und gewähre

10% Kassenrabatt

Bettfedernhaus Liebich

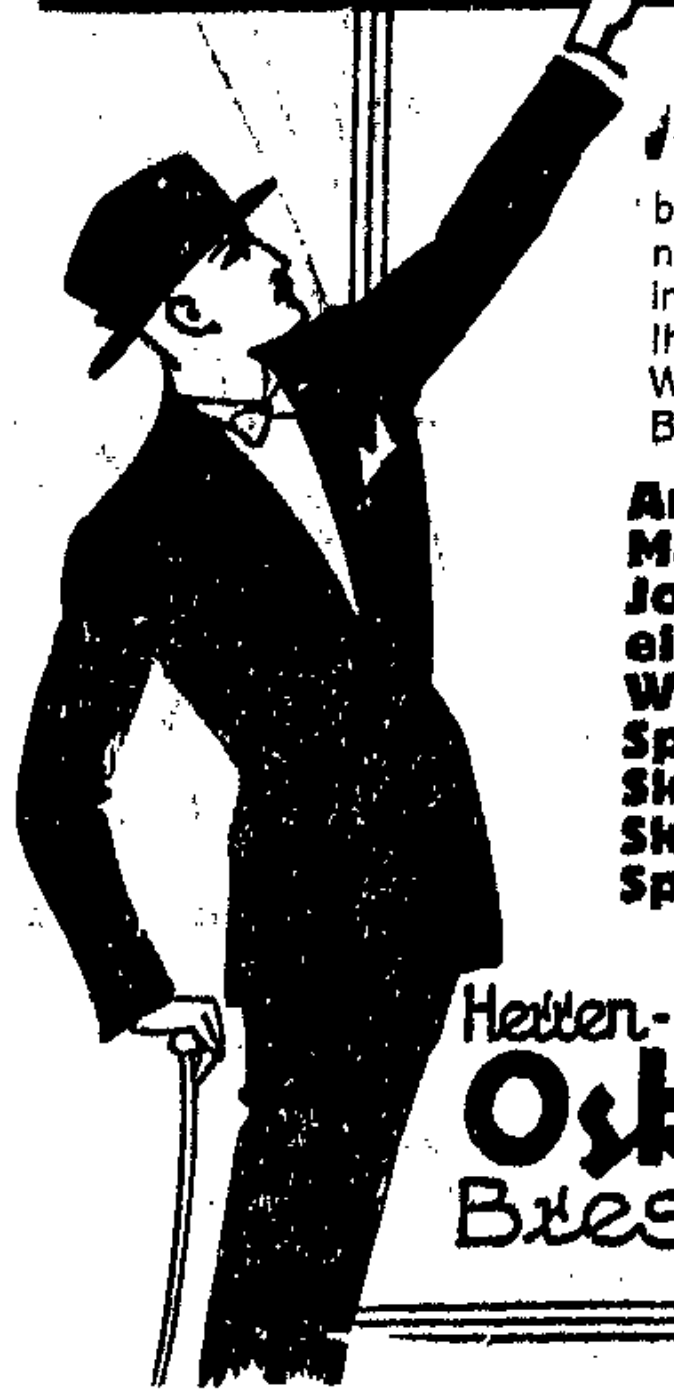
Neue Taschenstraße 1b (Schrägüber dem Altorla-Theater)

zu jeder Gelegenheit und Festlichkeit
Schenke billige und gute Bücher

VOLKSWACHT - BUCHHANDLUNGEN

Neue Graupenstr. 5 / Friedr. Wilh. Str. 105 / Flursir. 4

Inventur-Verkauf



vom 28. Januar bis 4. Februar

bei Oskar Dehmel, Neumarkt 45. Das ist eine neue Sensation für Breslau. Preisherabsetzungen in noch nie dagewesener Höhe, erleichtern Ihnen den Einkauf. Auf nicht herabgesetzte Waren Kassen-Rabatte von 10 bis 20%. Besichtigen Sie bitte meine Schaufenster.

Anzüge
Mäntel
Joppen
einzelne Hosen
Windjacken
Sport-Anzüge
Ski-Anzüge
Ski-Hosen
Sport-Hosen

Klubwesten
Lumberjacks
Motorfahrer-Leder-Kleidung
Diener-Kleidung
Livreen
Chauffeuranzüge
Chauffeumäntel
Berufs-Kleidung

Herren-Sport- u. Berufs-Kleidung
Oskar Dehmel
Breslau I Neumarkt 45

Das war noch nie da, das ein
Probewaschen
außer mit dem vorgeführten
Messingwaschkompressor
Original „Waschhexe“



1. Der geringe Anschaffungspreis
2. Die gesamte Wäsche kann damit gewaschen werden
3. Sie waschen, bleichen und spülen
4. Geringer Brennmaterial- u. Seifenverbrauch
5. Kein Kochen, kein Reiben, kein Bürsten
Daher 20fache Lebensdauer der Wäsche
Keine scharfen Waschmittel

Vorfürungen finden nur statt:

- Stammhaus Haase am Neumarkt** täglich Montag bis Sonnabend, um 1/2 11, um 3 und um 5 Uhr, Mittwoch und Freitag abends 1/2 8 Uhr für Berufstätige.
 - Hubertussäle, Friedrich-Wilhelm-Str. 32** täglich Montag bis Sonnabend, um 1/2 11, um 4 und um 1/2 8 Uhr
 - Wratislawia-Säle, Mauritiusplatz** täglich Dienstag bis Freitag, um 1/2 11, um 3 und um 5 Uhr, Sonnabend um 1/2 11 und um 4 Uhr, Mittwoch und Freitag abends 1/2 8 Uhr für Berufstätige
 - Endergarten, Enderstr., Ecke Rosenstr.** täglich Montag bis Freitag, um 1/2 11, um 4 und um 7 1/2 Uhr
Eintritt frei!
- Eintritt frei
Patentverwertung G. m. b. H., Gielwitz (Haus Oberschlesien)

Bitte ausschneiden!

Erscheint nur einmal!

Breslauer Nachrichten

Die kleine Notiz

Der tägliche Freitag

Sonnabend nachmittag gegen 3 Uhr wurde der Handelsvertreter Hans A. in seiner Wohnung, Birkenweg, schwer verletzt aufgefunden. Er hatte durch einen Revolverbeschuss in den Kopf freiwillig sein Leben zu beenden versucht. Im Brüderstift, wohin der Lebensmüde geschafft wurde, ist er gestorben. Eine halbe Stunde später wurde in seiner Wohnung in der Stollstraße der Maurerlehrling Max W. erhängt aufgefunden. Eine kleine Notiz. Man liest sie wie hier täglich in jeder Zeitung, nur wenig variiert. Sie nimmt keinen allzu großen Raum in Anspruch, ist unscheinbar, weil es ja „nur“ der übliche tägliche Freitag ist. Wüsten sind es mehrere, aber selten nur sieht einmal diese Notiz. Kalb ist dieser „Fall“ wieder vergessen. Wenn die morgige Zeitung, ja schon die nächste Seite, bringt Neues, Aufregenderes. Der Wirbel des täglichen Geschehens läßt keine Zeit zum Nachdenken.

Selbstmord. Jemandem liegt starr und steif der Körper eines Menschen, der in heroischer Weise sich selbst den Tod setzte. Entsetzte Familienangehörige, bestürzte Nachbarn melden es der Polizei. Kurze Untersuchung. Sachlich und kurz meldet der Polizeibericht. Berichtersteller nehmen ihn ohne Rücksicht und weitere Diskussion auf. Der tägliche Fall. Und der Redakteur, durch die Häufung solcher Ereignisse gefühllos dem einzelnen Geschicks gegenüber geworden, rubriziert ihn in Eile (letzte Polizeinachricht!) in die bestimmte Stelle. Kurze Zeit später ruft das Auge des Lesers auf Augenblicke auf dieser Notiz. Kein Bekannter — ach Gott, die vielen Selbstmorde — mit Leuchttasche — Schon sucht man was Wichtigeres, Aufregenderes. Den Nord — die Versammlung — den letzten Rekord.

Nur einmal aber laßt uns ein wenig länger bei dieser Notiz verweilen. Nur einmal uns das schwere Schicksal, die Vorgeschichte eines solchen dahingeshiedenen Menschen betrachten. Wie ihn die dauernde Not immer mehr vom Leben nahm. Bis ihm zuletzt nichts weiter blieb, als nur die Möglichkeit, sich mit dem allerbedeutsamsten Existenz-Minimum physisch aufrecht zu erhalten. Kein Ausblick auf freud- und lebensvollere Tage. Wie oft mag diese Hand schon nach dem Instrument gezittert haben, mit dem er seinem Leben ein Ende machen wollte, wie oft er sie schon zurückgezogen haben, um es noch einmal zu versuchen. Bis aller Lebensmut dann erschöpft und ihm ein kleines Ereignis (was so vielfach dann als der eigentliche Grund angesehen wird) Anlaß zum entscheidenden Schritt wurde.

Familie und Angehörige stehen unfähig und schmerzzerwühlt mit neuen Sorgen befaßt an einem schlichten Sarge, wenn für die Deffinitivität schon längst dieser „Fall“ wieder vergessen ist. Ein Leben hat sich selbst zerstört und dabei den Lebensnerv der Familie zerrissen.

Aber auch wir Unbeteiligten sollen einmal hinter die Alltäglichkeit einer solchen Notiz schauen. Dann sehen wir nicht nur den tragischen Tod eines Einzelnen, sondern eines der vielen Opfer unter heuligen Gesellschaftsordnung, die immer mehr Menschen die Arbeit nimmt und sie ihres recht bescheidenen Existenzminimums beraubt. Freitode und Arbeitslosigkeit stehen in engstem Zusammenhang. Und jeder Einzelfall ist eine erneute Anklage an diese Gesellschaft, die um gesteigerter Profite und Dividenden wegen, Menschen aus der Arbeit und dem Leben weißt.

So steht hinter der kleinen Notiz, die wir oft so unbeachtet lassen, die schwere Tragik des Einzelnen, das große Leid einer Familie und das gewaltige Uebel einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Eine Menschen-, Familien- und Menschheitstragödie. In drei Zeilen einer kleinen Notiz. —ig.

Zur Breslauer Beamtenbesoldung

Die Stellungnahme des Magistrats

Zu der von uns bereits besprochenen Verfügung des Regierungspräsidenten, wonach 2560 Breslauer Beamten das Gehalt gekürzt werden soll, schreibt der Magistrat:

Nach § 13 des preussischen Besoldungsgesetzes kann die Aufsichtsbehörde verlangen, daß die Bezüge der Gemeindebeamten, falls sie nach Ansicht der Aufsichtsbehörde mit denen der unmittelbaren Staatsbeamten nicht übereinstimmen, entsprechend geändert werden. Einem solchen vom Regierungspräsidenten ausgesprochenen Verlangen gegenüber haben die Gemeinden das Recht des Widerspruchs. Es entscheidet dann auf Antrag des Regierungspräsidenten der Bezirksausschuß, in zweiter Instanz der Provinzialrat.

Die jetzige städtische Besoldungsordnung ist im April 1928 mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 ab verabschiedet worden. Die Besoldungsregelung ist damals der Aufsichtsbehörde bekannt gewesen, ohne daß sie eine Aenderung gefordert hat.

Nachdem der Regierungspräsident jetzt die Aenderung der seit dem 1. Oktober 1927 gezahlten Bezüge verlangt hat, werden sich die städtischen Körperschaften darüber schlüssig zu machen haben, ob sie diesem Verlangen widersprechen oder ihm ganz oder teilweise entsprechen wollen. Im Falle des Widerspruchs, auch wenn er sich nur auf Teile der Verfügung bezieht, tritt das oben erwähnte Verfahren ein. Weil nun zunächst eine Stellungnahme der städtischen Körperschaften herbeigeführt werden muß, hat der Oberbürgermeister die Einsetzung einer aus 14 Stadtverordneten und sieben Magistratsmitgliedern bestehenden Deputation veranlaßt.

Ohne auf die Verfügung des Regierungspräsidenten im einzelnen einzugehen, muß schon heute festgestellt werden, daß ihre Durchführung eine Reihe außerordentlich schwerer und für die Parteien zur Folge haben würde; denn die Beamten und Arbeiter haben natürlich geglaubt, sich in ihrer gesamten Lebenshaltung auf diese Bezüge einstellen zu können. Solche Fälle werden zweifellos zu einem Widerspruch gegen die Verfügung führen müssen. Ob den einzelnen Beamten, denen ja ihre Bezüge auch ordnungsmäßig und formgerecht verbrieft worden sind, diese Bezüge überhaupt durch eine solche Maßnahme gekürzt werden können, oder ob die Beamten nicht vielmehr wohlverworbene, unverletzliche und durch die Reichsverfassung geschützte Rechte erlangt haben, ob also etwaige Aenderungen sich nur auf die Stelle als solche und nicht auf den gegenwärtigen Stelleninhaber beziehen können, ist eine Rechtsfrage. Die Klärung dieser Frage würde letzten Endes vor den ordentlichen Gerichten im Prozeßwege herbeizuführen sein.

Wie der Magistrat richtig bemerkt, erscheint es mehr als fraglich, um nicht zu sagen unmöglich, die von den Aufsichts-

behörden neuerdings als Mittelmaß angeordnete Reduzierung der Beamtengehälter rechtlich durchzuführen, da den Beamten ihre Einkünfte, die in diesem Falle mit Ausnahme der Magistratsgehälter auf ordnungsmäßigem Wege und mit Genehmigung eben derselben Aufsichtsbehörde festgesetzt wurden, durch die Sicherung der wohl erworbenen Rechte verfassungsmäßig garantiert sind.

Neben den Beamten gibt es aber noch eine nicht geringe Anzahl sogenannter Dauerangestellter, die zwar gehaltsmäßig in die Besoldungsordnung eingruppiert, aber rechtlich aber keine Beamten sind. Im Gegensatz zu diesen, die in einem Hoheitsverhältnis zur Behörde stehen, haben die Dauerangestellten Dienstverträge. Die auf Grund dieser Dienstverträge in Verbindung mit der einmal vorgenommenen Einstufung, was ebenfalls als eine vertragliche Bindung anzusehen ist, zustandegewonnenen Gehälter können durch keinen irgendwie gearteten Hoheitsakt der Behörde geändert werden. Man könnte lediglich kündigen und mit geringerem Gehalt wieder anstellen. Abgehen von der politisch-moralischen Unmöglichkeit eines solchen Vorgehens steht dem aber entgegen, daß die Dauerangestellten auf Grund ihrer Verträge nur auch wichtigem Grunde gekündigt werden dürfen. Ob der Wille des Regierungspräsidenten oder die plötzlich sich ausbreitende Ansicht, man könne die kommunale Finanznot auf dem Wege des Gehaltsabbaues beseitigen, von der Arbeitsgerichtsbarkeit, die hier zuständig ist, als „wichtiger Grund“ im Sinne der herrschenden Spruchpraxis anerkannt wird, kann aber wohl fraglich bezweifelt werden.

Mieterstreit in Simpel

In der größten Breslauer Siedlung Simpel wurde, nachdem alle Verhandlungen mit der Städtischen Siedlungs-V.G., die Mieter für die im Oktober und November fertig gewordenen Häuser den Mietern der übrigen Wohnungen anzupassen, keinen Erfolg hatten, in einer geheimen Urabstimmung entschieden, ab 1. Februar in den bedingten Mieterkreis zu treten, d. h. nur die Mietern zu zahlen, die in dem älteren Teil der Siedlung für gleich große Wohnungen entrichtet werden. Von 220 Abstimmungsberechtigten hatten sich 188 an der Abstimmung beteiligt, von denen sich alle bis auf einen für die Durchführung des Mieterkreises aussprachen.

Da uns über die Urabstimmung nur ein kurzer Bericht eines Korrespondenzbilders vorliegt, wollen wir uns zunächst mit der Mitteilung des Abstimmungsergebnisses begnügen. Bereits vor längerer Zeit wurde die Frage eines eventuellen Mieterkreises in die Debatte geworfen. Es handelt sich um etwa 300 Wohnungen, die im Herbst vergangenen Jahres fertiggestellt wurden und für die wesentlich höhere Mieten als wie festgesetzt gefordert wurden.

Anfall durch Leuchtgas

Eine auswärtige Firma, die mit dem 57jährigen Ingenieur Hugo A., Tauenhainstraße 25, in Geschäftsverbindung stand, verstandigte am Freitag die Polizei, daß sich A. auf telephonische Anrufe nicht mehr melde. Als bei den Nachforschungen bekannt wurde, daß der Mann auch schon seit einigen Tagen nicht mehr gesehen worden war, öffnete am Freitagabend die Polizei die Wohnung und fand den Vermissten tot in seinem Bett liegend. Das elektrische Licht brannte in dem Zimmer und auch der Lautsprecher der Rundfunkanlage war in Tätigkeit. Der Schlauch der Schreiblichtgaslampe war gelöst und durch das austretende Gas hatte der Mann den Tod gefunden, der bereits vor mehreren Tagen eingetreten sein muß.

Umzugsaufregung

Wie leichtfertig Verdächtigungen ausgesprochen werden

Bei einem Umzuge am 9. Januar sollten allerhand Schmutzgegenstände im Werte von 1200 Mark gestohlen worden sein. Ganz selbstverständlich wurden die Arbeiter, die den Umzug ausführen, als die Diebe verdächtigt, und die Kriminalpolizei mußte bei allen eine Hausdurchsuchung vornehmen. Nachdem die Polizei diese Arbeit ohne Erfolg durchgeführt hatte, kam der Umziehende und teilte mit, daß — er keinen Schmutz in einer anderen Schublade wiedergefunden hat. Statt nach einem Umzuge einen vermisperten Gegenstand erst einmal gründlich zu suchen, legte man die Polizei in Bewegung, verdächtige alle möglichen Menschen, weil man selbst keinen Kram so verpackt hatte, daß man ihn später nicht fand. Wirklich keine Manieren!

Der Vorstand beruft die ordentliche

Generalversammlung

des Sozialdemokratischen Vereins Breslau auf Freitag, den 31. Januar, abends 7 1/2 Uhr pünktlich, nach dem Zentralballsaal, Westendstraße, ein.

Tagesordnung:

- 1. Berichte: a) Geschäftsbericht; b) Kassenbericht; c) Bericht der Revisoren; d) Bericht der Pressekommission; e) Bericht des Bildungsausschusses. 2. Aussprache. 3. Wahlen: a) des Vorstandes; b) der Revisoren; c) der Pressekommission; d) der Bibliothekskommission; e) des Bildungsausschusses. 4. Anträge, soweit sie durch die vorstehende Tagesordnung noch nicht erledigt sind.

Anträge außerhalb der veröffentlichten Tagesordnung, die in der Generalversammlung zur Beratung kommen sollen, müssen drei Tage vor Stattfinden der Generalversammlung dem Vorstand unterbreitet werden (§ 18 des Statuts). Mit beratender und beschließender Stimme nehmen an der Generalversammlung teil: Die gewählten Vertreter, sowie die Mitglieder des engeren und erweiterten Vorstandes. Teilnahmerecht mit beratender Stimme haben: Die Revisoren, die Mitglieder der Pressekommission und des Bildungsausschusses, sowie die in Breslau wohnenden Abgeordneten für Gemeinde, Provinz, Staat und Reich, außerdem die Redakteure der Volkswacht.

Funktionärversammlung

der Partei am Montag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses

Stadtverordnete, Stadträte!

Dienstag, den 28. Januar, 20 Uhr, wichtige

Fraktionsführung im Zimmer 6 des Gewerkschaftshauses. Vollständiges Erscheinen ist Pflicht.

Nach geh' mit deiner Gnade

So möchte man die Anfangszelle des schlichten Kirchenliedes von der „Gnade Gottes“ variieren, wenn man folgenden Extrakt einer religionsphilosophischen Antrittsvorlesung liest, die ein Herr Dr. theol. et phil. Herbert Doms in der katholischen theologischen Fakultät gehalten hat. Ueber „die geschichtliche Bedeutung der hochscholastischen Gnadenlehre“ wurde da nach einem Bericht der Pressestelle der Universität ausgeführt:

„Die hochscholastische Gnadenlehre ist gekennzeichnet durch ihr am Aristotelismus geknüpftes systematisch-metaphysisches Interesse. Inhaltlich bringt sie die griechische Vergöttlichungslehre in der abendländischen Gnadenlehre zu bedauerlicher Stelle mit der augustianischen ethischen Betrachtungsweise in Verbindung. Sie vertieft den Gedanken der Allwirksamkeit Gottes, läßt Gnade und Freiheitsvermögen wie Material und Form zu einem Sein verschmelzen und ist dadurch antinaturalistisch eingestellt. Ihre große epochale Leistung ist die Erarbeitung des Begriffs der heiligmachenden Gnade und damit zusammenhängend eines klaren Begriffs des Uebernatürlichen.“

So lieber Leser, weicht du nun Bescheid über den „Begriff der heiligmachenden Gnade und des damit zusammenhängenden klaren (! D. N.) Begriffs des Uebernatürlichen.“ Kirchliches Mundertum in der Praxis und dieser Schmutz von einer Lehre, das ist das Christentum von heutzutage. Wie herrlich einfach waren doch die Lehren des Nazareners. Wahrscheinlich, kann man da nur sagen, seelig sind die geistig Armen.

Tagung der deutschen Fruchtgroßhändler

Der 40 Einzelvereine in allen Teilen Deutschlands umfassende Reichsverband deutscher Fruchtgroßhändler hält vom 24. bis 27. Januar hier seine ordentliche Jahreshauptversammlung ab. In der Haupttagung am Sonnabend ging Präsident Gehrke (Berlin) auf die speziellen Mängel der schlesischen Fruchtgroßhändler ein. In Schließen ist diese Branche besonders stark dadurch benachteiligt worden, daß die niederösterreichischen Obst- und Gemüsezüchter die oberösterreichischen Landstriche, die ein Hauptabgabegebiet ihrer Erzeugnisse darstellten, verloren haben. Durch die Wirtenschaft ist der schlesische Fruchtgroßhandel in eine Sackgasse geraten. Außerdem hat der Frost des Jahres 1929/30 bis 70 Prozent der Obstkulturen vernichtet. Der Syndikus des Reichsverbandes, Dr. Eisner (Berlin), forderte Unterstützung aller Maßnahmen, die zur Hebung der Produktion geeignet seien. Der Verband stehe auf dem Standpunkt, daß deutsche Marktfähige Obst- und Gemüsesorten unter allen Umständen bevorzugt verkauft werden sollen. Marktfähiges deutsches Obst sei dem ausländischen weit überlegen. Der Nachteil liege daran, daß die deutschen Obst- und Gemüsezüchter ihre Erzeugnisse nicht in derselben Marktfähigkeit liefern, wie das Ausland. Es gelte, marktfähige deutsche Ware zu schaffen. Zur Zoll-, Frachten- und Steuerfrage wurden besondere Forderungen aufgestellt. Freilich und Gemüße sollen von der Umsatzsteuer befreit werden. Eine schematische Regelung der Arbeitszeit ist im Fruchtgroßhandel nicht immer gut möglich; vielmehr müsse man sich nach den Erfordernissen des Tages richten können. Die öffentliche Hand habe im Fruchtgroßhandel nichts zu suchen.

Eine Anti-KriegsUmgebung

Veranstaltete die Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Breslau am Sonnabend als Einleitung zu der geistigen Mädeltagung des Bezirks Mittelschlesien (über die wir in der Jugendbeilage berichten). Es war eine schlichte, einfache, aber wirkungsvolle von den roten Blumen ausgefaltete Feier, wemgleich sie durch die Gedrängtheit des Raumes in dem Heim an der Seydlitzstraße ein wenig beengt wurde. Genosse Döhlitz begrüßte die auswärtigen Gäste und die Referentin der Mädeltagung, Genossin Lisa Albrecht, und machte einige kausige Bemerkungen über den Ausschluß der Burischen von der bevorstehenden Tagung. Unschönem hat das „harte Geschlecht“ diese Ausschaltung noch nicht ganz verwunden, was aber die in der Mehrzahl erschienenen Mädels absolut nicht störte.

Ein kurzer Sprechchor, „Senft die Fahnen“, einleitende Musik, die ein technisch begabter Jugendgenosse aus dem Nebenraum in den Lautsprecher zauberte, Vorkessungen und Regitationen der Genossen W. Rikmann, Helene Kossol, S. Auersbach und Säusel und des Lautsprechers, die Internationale und das gemeinsam gesungene Lied „Hebt eure Fahnen in den Wind“ bildeten das Programm, das in angenehmer zeitlicher Beschränkung stimmungsvoll verlief und einen guten Auftakt zu der sonntäglichen Tagung gab.

Krantheiten im Zoo

Ein kranker Elefant, der einen Eimer Grog kauft Unser großer indischer Elefant „Jonti“ erkrankte in der Nacht von Mittwoch zu Donnerstag an einer schweren Kollik, die ihm offenbar heftige Schmerzen bereitete. Am Donnerstag bekam er nichts zu fressen, dafür aber einen kleinen Eimer Grog, zu dem eine ganze Flasche Rum verwendet wurde. Tags darauf ist eine wesentliche Besserung eingetreten, jedoch ist das Tier noch nicht ganz außer Gefahr. — Dieser Vorfall gibt uns Anlaß, die alte Welle zu wiederholen, die Tiere des Zoologischen Gartens nicht wahllos mit mitgebrachten alten Brot und Zucker zu füttern, oder jedenfalls nur im Einvernehmen mit dem Wärtler, der ja im einzelnen Fall genau weiß, wieviel die Tiere von dem betreffenden Futter vertragen können. Durch solch unvorsichtiges Füttern kommt es — sicherlich meist ohne jede Absicht des Besuchers — oft zu schmerzhaften Erkrankungen wertvoller Tiere. So starben im vorigen Jahre im Tiergarten von Wien-Schönbrunn drei dort geborene prächtige Leoparden, denen ein Besucher ein Stück verorbene Butter zu fressen gegeben hatte. Auch Jonti kann durch die Unvorsichtigkeit des Publikums schwerer Schaden entstehen. So kränkelte in Folge im vergangenen Herbst ein Somalistraußenhahn einige Tage und ging dann ein. Bei der Sektion fand sich im Magen eine etwa 15 Zentimeter lange Madellernadel, wie sie zum Modellieren von Plastik gebräunt wird. Die Nadel hatte die Magenwand an mehreren Stellen durchbohrt und zu schweren Vereiterungen der Umgebung des Magens geführt.

Gefährlicher Einzug

Zerschlagene Gläser durch das Fenster

Im Oberstod betätigte sich am Sonnabend und Sonntag ein unbekannter Schläger, der Zerschlagene Gläser in Wohnungen abwarf...

Erbauliches

aus einem kaiserlichen Reichsbund

Zu dem vor einigen Wochen unter obiger Überschrift erschienenen Artikel wird uns mitgeteilt, daß sich der Vorstand erst im Dezember neu gebildet hat und infolgedessen nicht veranwortlich gemacht werden kann für die Veranlassung früher gemachter Sammlungen...

Der Selbsthilfsbund der Körperbehinderten ist eine Organisation, die bemüht ist, den Körperbehinderten eine Schulbildung und Berufsausbildung zu ermöglichen...

Teufel und Kardinal

Zu unserem Stadtverordnetenbericht schreibt uns Herr Kabus, er habe bei der Redewendung des Genossen gegen die Kommunisten, den Kollektenden sei es gleich, ob die Kohlen vom Kardinal oder vom Teufel kämen...

Die Arbeit der Feuerwehr

Am 25. Januar, gegen 14 Uhr, wurde die Feuerwehr nach Feldstraße 16 alarmiert. In einer im ersten Stockwerk gelegenen Wohnkubik war vermutlich durch Herausfallen von glühenden Kohlen aus dem Ofen ein Karbon mit Heizmaterial, ein Küchenschrank, eine Tür und ein Regal in Brand geraten...

* Breslauer Volkstheater. Professor Dr. h. c. Ludwig Deitmann-Berlin, der als einziger Maler die erste Amerikafahrt des „Graf Zeppelin“ von Friedrichshafen bis Lachau mitgemacht hat, ist von der Volkstheater zu einem Lichtbildvortrag „Das Wunder von Himmel und Ozean“ gewonnen worden...

* Arbeiter-Radio-Bund, Ortsgruppe Breslau. Donnerstag, den 30. Januar, 20 Uhr, Gewerkschaftshaus, Zimmer 15: Kurzusatz „Die Arbeitsweise einer Röhre“, Funkfreund Erber. Gasten: Beide Gruppen wie am 2. Januar.

* Nicht identisch. Der Vorsitzende der Freien Elternvereinsigung, Genosse Gustav Sewald, bittet uns, die Öffentlichkeit zu benachrichtigen, daß er mit dem früheren Lagerhalter im „Vorwärts“ nicht identisch ist.

* Nur eine kleine Auseinandersetzung hatten die beiden Radfahrer mit dem Straßenkehrer bei dem Vorfall an der Berliner Straße, den wir am Freitag unter „Schwere Prügelei“ meldeten. Der kleine Vorfall wurde auf gutlichem Wege bereits beigelegt.

* Schwere Zusammenstoß. Heute Vormittag gegen 7 1/2 Uhr ereignete sich an der Tauentzien- Ecke Königgräber Straße ein Zusammenstoß zwischen einem Auto und einem Motorradfahrer. Der Motorradfahrer wurde von dem Personauto an den Bürgersteig geschleudert und flog vom Motorrad herunter auf den Bürgersteig. Das Auto fuhr in einer rasenden Geschwindigkeit davon. Die Nummer von dem Auto war unerkennbar. Das Motorrad war von dem Anprall vollkommen zerstört.

* Vom Kade gestürzt. Beim Einbiegen von der Kaiserstraße in die Tiergartenstraße wurde am Sonntag vormittag die Chefin Klara Sprung aus Zempel von ihrem Kade und verlegte sich dabei so erheblich, daß sie in die Maxklinik geschafft werden mußte.

* Tödlicher Unfall beim Schutzharnen. Im Bräuerhof starb am Sonnabend ein Kaufmannslehrling aus der Quaststraße an den Folgen einer Nierenverletzung, die er sich beim Schutzharnen zugezogen hatte. Auf einem Bein lebend, hatte er das Gleichgewicht verloren und war mit der rechten Seite so unglücklich gegen eine Tischkante geschlagen, daß er sich die Nierenverletzung zuzog.

Wasserstand

Table with 4 columns: Station, Date, Water level, and other details. Includes stations like Ratibor, Kasse (Stadt), etc.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Verwaltung: Gewerkschaftshaus, Zimmer 101 - 110, Telefonnummern 5000-5001

Die Aktion 10, 11 und 12, Dienstag, den 29. Januar, abends 20 Uhr bei Müller, Wiesenstraße 62, Bismarckplatz. Die Aktion 11 am Sonntag, den 28. Januar, abends 20 Uhr bei Wegener, Auguststraße 198 (Ecke Gottschalkstraße) einen Parteitag.

Arbeiter-Wohlfahrt, Gruppe X

Selbstabend am Mittwoch im Goldenen Spieß, Schlegelstraße 22, 11. Saal des Kreislaute Lehrerseminars. Wir bitten sämtliche Helferinnen mit ihren Schülern zu erscheinen.

Jungvolkstilken

Die Generalsversammlung hat in den Arbeitsauschuss die Genossen J. Behr, K. Böhm, H. Mailand, K. Schuler, W. Stumpe gewählt. Mittwoch, 20 Uhr, finden unsere Gruppenabende statt.

Sozialistischer Kampfbund

Anfängerkurs. Mittwoch, 20 Uhr, werden in der Handarbeitschule die Kurse in der Handarbeitschule, Turnschulen und Turnvereinen für die Schüler der Kapellen, die in allen Sportvereinen sind, Donnerstag, 21. Uhr, stattfinden.

Sozialistische Arbeiterjugend

Wahl, Funktionärwahl. Donnerstag, 20 Uhr, wichtige Sitzung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 8, Raft. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassensicht, 2. Neuwahl, 3. Bericht über die Arbeit der Jugend, 4. Bericht über die Arbeit der Arbeiterjugend, 5. Bericht über die Arbeit der Arbeiterjugend.

Wochenzeitung der Arbeiterkinderfreunde

Die Arbeiterkinderfreunde. Die Arbeiterkinderfreunde. Die Arbeiterkinderfreunde. Die Arbeiterkinderfreunde. Die Arbeiterkinderfreunde. Die Arbeiterkinderfreunde. Die Arbeiterkinderfreunde. Die Arbeiterkinderfreunde.

Bereinskalender

Einheitsabend der Eisenbahner Deutschlands. Dienstag, den 28. Januar, abends 8 Uhr, findet im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses die Vollversammlung der Funktionäre statt.

Renntag in der Sportarena

Preuß-Keliger gewinnen die 1000 Runden

Gestern abend war die große Halle der Sportarena wieder einmal ausverkauft. Schon bei der Zusammenkunft der für das oben bezeichnete Rennen verpflichteten Mannschaften eine ziemlich ausgeglichene. In der Tat gab es gestern auch ein schönes Rennen zu sehen, das Preuß-Keliger gewinnen konnten.

Gruppe zu behaupten, aber auch sein Mann Mantchen war nicht genügend stark, um mithelfen zu können.

Der Rennverlauf: Vor der ersten Wertung geht plötzlich Faubet davon und kommt auf 60 Meter vor Felde weg, wird aber von Preuß-Keliger gestoppt. Den ersten Spurt führt sich Tieh vor Faubet, im zweiten dominiert Petri vor Junge. Bis zur zweiten Wertung bei unruhigen Faubet-Marcillac mehrt sich das Feld und geben im ersten Spurt dann das Signal zu einer wilden Jagd, die Goebel-Kroschel fortsetzten, nach 30 Runden aber abstoppen, da das Feld wieder aufsteht. Dann gehen Nerts und Kieger davon. Knappe-Miethe, Preuß-Keliger, Kroschel-Goebel und Manthen-Schön gewinnen eine Bahnlänge. Dann geht ahermals Knappe los. Preuß-Keliger können in Abstand folgen. Beide Mannschaften gewinnen eine zweite Runde. Bald darauf können Kanan-Bühfeld und Manthen-Schön eine Bahnlänge gut machen. Es führen nunmehr Knappe-Miethe, Preuß-Keliger und Manthen-Schön. Die dritte Wertung ist eine einzige Jagd, in deren Verlauf Kroschel-Kroschel die vierte Bahnlänge einbüßen. Nach dem zweiten Spurt der 4. Wertung gehen die Franzosen los und das Feld nicht nachsetzt, können sie schon nach wenigen Augenblicken die Ueberwindung vollziehen. Bald darauf kommt Tieh gut ab, aber sein Partner Skupinski ist zu schwach, um das Gewonnene zu halten. Die Spurts der vierten Wertung fallen an Goebel, Petri, Kieger und Nerts. Dann geht das Geplänkel bis zur 5. Wertung, deren Verlauf eine einzige Jagd ist. Die Spurts gehen darin vollkommen unter. Die Mannschaften Kroschel-Kroschel verlieren hierüber zwei weitere Runden. Nach Ablauf von 2 Stunden sind 90.360 Kilometer zurückgelegt. Vor der 6. Wertung werden Kroschel-Kroschel weit zurückliegend aus dem Rennen genommen. Bei den darauf folgenden Spurts belegen Goebel, Kieger, Goebel, Kieger und Goebel die ersten Plätze und Kieger-Petri gelangt es vor der 7. Wertung eine Bahnlänge zu gewinnen. Die nächsten Spurts gewinnen zumal Goebel, zweimal Kieger. Dann schießt Kroschel davon und kann mit Unterstützung seines Partners eine seiner Verfolger überholen. Bald darauf gelingt es Kroschel-Goebel durch einen überraschenden Vorstoß in die Spitzengruppe aufzurücken. Vor der 8. Wertung gibt Nerts wegen eines Sturzes auf. Sein Partner Kroschel bleibt als Ersatzmann im Rennen.

Die nun folgenden Spurts werden eine Beute von Preuß-Keliger und Preuß. Das Feld beruhigt sich nicht mehr. Unrunder Boden wählen die Franzosen und besonders Faubet benötigt jede Gelegenheit um sich aus dem Staube zu machen. Bei einem dieser Versuche geht Knappe in mächtiger Fahrt weiter, nur Goebel-Kroschel vermögen zu folgen. Preuß-Keliger und die anderen fallen zurück. Ihr Glück war es, daß die Aussetzer einige Ablösungen vermasselten, sonst war die Ueberwindung unermesslich. Die Folge der letzten 40 Runden ändert an dem Ergebnis nichts mehr, das sich am Schluß wie folgt stellt: 1. Preuß-Keliger 70 Punkte. 2. Kroschel-Goebel 59 Punkte. 3. Knappe-Miethe 16 Punkte. Eine Runde zurück: Kieger-Petri 71 Punkte. Faubet-Marcillac 32 Punkte. Fahrdauer 4 Stunden 7 Minuten, 17,3.

An die „selbstkritischen“ Knallerbsenschmeißer

Knallerbsen müßt Ihr ruhig schmeißen, Ich freue mich am Knall und Knall. Doch besser hätt' ich es gehalten, Ihr lüdet mich zu diesem Fall.

Die „hohen Beine“ wollt Ihr schelten, Sie hören bloß die Polittik? Das ist für die ein arg Bergeiten, Die einst sie schwangen stot und gid.

Doch langweilt, fürchte ich, die Leute Das Thema: Tanz und Politik. Ich frage: wieso nennt denn heute Die - Konturrenz sich - Selbstkritik?

Die Parodie soll auf Ihr führen, Belacht wird nochmals die Neuse, Ihr wißt: „Rur Gutes kann man parodieren, Das Schlechte ist an sich schon Parodie.“

Wir sind die kollektive Truppe, Vom bürgerlichen Reich befreit. Kein Star kein Autor, nur die Gruppe Schafft unter Wert der neuen Zeit!

Verkündet Ihr es nicht seit Jahren, Kennt alles andre jämmerlich? Ihr schreit solch Wettbewerbsverfahren Halt auch - ein wenig bürgerlich!

Doch keine Feindschaft müßt Ihr bläsen, Bloß Kritik wider Preußenkrieg. Wir müssen lernen aus verlaufen, Wenn man sich auch mal ranzen mag.

Einig im Streben, dem verwandten, Ihr müßtlichen, politischen Krieg. Gut Kämpfer - gute Maßnahmen! In dieser Einheit liegt der Sieg. G. M.

Konzerte / Theater / Vergnügungen

Stadttheater Breslau (Opernhaus). Heute, Sonntag, Anfang 20 Uhr gelangt Nicolais' „Lustig-phantastische Oper“. Die Iuligen Weibler sind in „Lustig-phantastische Oper“ mit den Damen Böhle, Koal, Suttner und den Herren Grottel, Hensel, Kroschel, Kroschel, Kroschel, Kroschel in der Hauptpartie zur Aufführung. Sonntag, 20 Uhr (11. Abonnements-Vorstellung der Serie „Die Bohlen“). Mittwoch, 20 Uhr (11. Abonnements-Vorstellung der Serie „Die Bohlen“). Donnerstag, 20 Uhr, die erfolgreiche Oper „Die Bohlen“.



Bezirkskonferenz der Arbeiter-Kinderfreunde

Der Bezirk Schlesien wird aufgelöst

Das Breslauer Gewerkschaftshaus beherbergte am Sonntag und Sonntag die schlesischen Vertreter der Reichsarbeitsgemeinschaft der Arbeiter-Kinderfreunde Deutschlands zu ihrer Jahresversammlung. Aus den Berichten war zu entnehmen, daß die Arbeit in der Falkenbewegung in stetigem Auf- und Abwandel befindet; in den 32 derzeit bestehenden Ortsgruppen sind 2000 Eltern-Mitglieder und annähernd 3000 Falken erfasst. Das wichtigste Resultat ist zu verzeichnen, daß die wirtschaftlichen Bedrängnisse der Gegenwart alle wesentlichen Aufgaben des Bezirks-Vorstandes aus eigener Kraft finanziell ermöglichen wurde. Soll jedoch die Bewegung umfassender gestärkt werden, so müssen neue Geldquellen erschlossen werden in stärkerem Maße Fühlung mit den Organisationen der erwachsenen Arbeiterschaft gewonnen werden. Als erste Maßnahme zur finanziellen Kräftigung ist der Beschluß zu betrachten, den Bezirksbeitrag auf 5 Pf. pro Elternmitglied zu erhöhen. Hierunter erhalten die neu zu gründenden Unterbezirke zur Durchführung ihrer Aufgaben 2 Pf. Das Ostlager des vergangenen Sommers war ein Erfolg für die schlesische Bewegung. Organisationsmängel wurden allerdings aufgezeigt und alle Ortsgruppen verpflichtet, in Zukunft noch gewissenhafter mitzuarbeiten. Von der Reichsausschusssitzung wurde berichtet, daß sie sich im vorwiegenden Maße mit den organisatorischen Voraussetzungen der diesjährigen Zelllager beschäftigte. Die schlesischen Gruppen beteiligten sich dieses Jahr an dem Jungfalkenlager Broten bei Witten an der Ostsee und an dem Rotfalkenlager Fischhausen in Preußen. Weiterhin entsendet Schlesien eine Delegation zum Gärtner Lager der deutschen und österreichischen Kinderfreunde. Zur Umorganisation wurde festgelegt, daß der Schriftverkehr mit der Zentrale durch den Bezirksvorstand erledigt werden muß, es erstere zu entlasten. Zur besseren Durchführung der Aufgaben wird Schlesien in acht Unterbezirke eingeteilt. Die Unterbezirksleiter sind die Genossen Pause, Geburt, Ritschke, Dr. Schmidt, Müller, Seidel und Wiczio. Für stärkere Schulung des Helferkreises sind bis Mitte Mai in allen Unterbezirken 4 Arbeitskreise zu veranstalten. Ab Mitte Mai gliedert sich der bisherige Bezirk Schlesien in drei selbständige Bezirke, Ober-, Mittel- und Niederschlesien. Eine Konferenz Mitte Mai wird sich mit den Ergebnissen der Bezirksumorganisation befassen. Bis zu dieser Tagung wurde der bisherige Bezirksvorstand wiedergewählt und erhielt das Recht, sich zur Unterstützung in dieser Arbeit noch Genossinnen und Genossen zuzuwählen.

Die arbeitsreiche Tagung bewies in seltener Einmütigkeit den Willen der schlesischen Arbeiter-Kinderfreunde, alle Kräfte zur Fortentwicklung und Stärkung der Bewegung einzusetzen.

Den Schädel zertrümmert

Gründerlicher Motorradunfall bei Schweidnitz

Auf der Fahrt nach Stephanshain, Kreis Schweidnitz, überquerte der Landwirt Johann Müller einen von ihm fahrenden Wägelwagen und warf in voller Fahrt gegen dessen Rückwand. Dabei schlug er mit dem Kopf darauf gegen die Hinterwand des Wägelwagens, daß diese direkt durchstochen wurde. Der Kopf wurde völlig zertrümmert und Müller auf der Stelle getötet. Sein Leichnam wurde von der Schloßer Wosch aus Streßhau, wurde schwer verletzt, doch konnte er sich noch bis zum Arzt schleppen. Das Motorrad war infolge des Anpralls ebenfalls vollständig zertrümmert.

Die Oberkommission tagt

In Breslau trat am Freitag die internationale Oberkommission zusammen, um die sogenannten Odelette in zweiter Lesung durchzuberaten. Die erste Lesung hat im Jahre 1922 in Smirna im Jahre 1922 stattgefunden. Der Fortsetzung der Verhandlungen stellten sich damals Schwierigkeiten entgegen, da über die Frage, ob die Zuständigkeit der Kommission auch für die polnischen Teile der Neise und Warthe gegeben sei, Meinungsverschiedenheiten herrschten. Nachdem der Internationale Gerichtshof im Haag hierüber im September 1920 entschieden hat, können jetzt die Verhandlungen fortgesetzt werden.

Die Kommission besteht aus Vertretern Deutschlands, der Tschechoslowakei, Großbritanniens, Polens, Frankreichs, Schwedens und Dänemarks. Die deutschen Delegierten sind: Gesandter Dr. Seelig vom Auswärtigen Amt, Staatssekretär a. D. Peters und Ministerialrat Hermann. Außerdem nehmen von deutscher Seite die Ministerialräte Müller vom Reichsverkehrsministerium und Zwick vom Reichsfinanzministerium an den Verhandlungen, die voraussichtlich mehrere Wochen dauern, teil.

Bezirksstagung der Arbeiter-Samariter

Einen Einblick in die Tätigkeit der Arbeiter-Samariter innerhalb des Breslauer Bezirks im schlesischen Kreise gab die am Sonntag im Breslauer Gewerkschaftshaus tagende Bezirkskonferenz, die sich neben der Entgegennahme des Geschäftsberichts auch mit den Fragen über zukünftige Arbeiten beschäftigte.

Den Berichten des Vorstandes war zu entnehmen, daß im November die Gründung einer neuen Kolonne in Groß-Hochberg möglich wurde. So daß insgesamt 11 Kolonnen innerhalb des Bezirks bestehen, denen mehr als 700 Mitglieder angehören. Welches Maß von segensreicher Arbeit durch die Kolonnen — die eine Ausrüstung im Werte von über 23 000 Mark besitzen — geleistet wurde, ergibt sich daraus, daß bei den 1700 Wachtdiensten und von den Betriebs-Samaritern 18 888 Hilfeleistungen bei Unfällen und plötzlichen Erkrankungen geleistet werden mußten. Außerdem veranstalteten die Kolonnen 17 Unterrichtskurse, in denen den Teilnehmern das noch viel zu wenig beachtete Wissen über den menschlichen Organismus und die Anwendung der ihm drohenden Gefahren vermittelt werden konnte. Daß auch die Arbeiter-Samariter bestrebt sind, da einzugreifen, wo eigentlich öffentliche Einrichtungen erforderlich wären, ergab der Bericht über das Wüten der Kolonne Deis, die einen Kraftwagen zur Krankenbeförderung anschaffte.

Die Bezirksleitung mußte aber auch von vergeblichen Arbeiten berichten. So findet sich beispielsweise in Ranslau kein Arzt zur Ausbildung eines Kurtes bereit, während die Herabsetzung in Rimpfisch der Kolonne Gorkau das Annehmen stellt, für einen Unterrichtsabend 10 Mark zu bezahlen. Der technischen Fortbildung der Mitglieder diente eine im September in Rimpfisch durchgeführte Bezirksübung, die sich einer großen Beteiligung erfreute; daß der Bezirksrat nach längerer Aussprache beschloß, künftig den Bezirk zu teilen und zwei Meetings zu veranstalten, für die im nächsten Jahre Deis und Gorkau festgelegt wurden.

Bei der Wahl des Bezirksvorstandes wurde der provisorische Bezirksleiter Genosse Paul Wiczio einstimmig zum Vorstehenden gewählt. Ebenso erfolgten die Wahlen des Genossen Karl Seidel zum Technischen Leiter und der Genossinnen Bertha Zwickel und Elisabeth Grünert zum Kassierer und Schriftführer. In längeren Ausführungen sprach hierauf der

Technische Leiter über die Unterrichts- und Fortbildungsfragen der Mitgliedschaft, die es noch weiter fortzuentwickeln gelte. An den Vortrag schloß sich eine Diskussion an, in der zum Ausdruck kam, wie schwierig es ist, erwachsene Menschen, die tagsüber arbeiten müssen, immer nur wieder zum Lernen und Leben anzuregen. Trotzdem war sich die von 32 Delegierten und Vorstehenden besuchte Konferenz einig, daß die Idee der Hilfsbereitschaft und vor allem die Bestrebungen, die der Unfallverhütung dienen und Hilfe nicht erst erforderlich machen wollen, immer weiter vertieft werden müssen in den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung.

Nazi vor Gericht

Pressendankentum bei den Nationalsozialisten
Unseren Lesern ist sicherlich noch erinnerlich, daß in dem Nationalsozialistenprozess in Schweidnitz Verteidiger wie Angeklagte nicht genug über die „Gewissenlosigkeit“ der zu ihnen gegenüber eingestellten Presse jammern oder auch unflätig schimpfen konnten. Wie es bei der nationalsozialistischen Presse aussieht, erweist nun dieser Tage wieder einmal eine Reihe von Presseproben vor dem Hirschberger erweiterten Schöffengericht, allemo sich einige Verantwortliche des seit Juli vorigen Jahres erscheinenden „Völkischen Beobachters aus dem Riesengebirge“ wegen verletzenden Verbalinjuren zu verantworten hatten. So hatte der Mechaniker Franke den Abg. Genossen Buchwitsch schwer beleidigt, in dem er ihm Gestattungslamperei unterstellte. Franke will damit natürlich niemand beleidigt haben. Auch der Ausbruch „Reichsjammerbonze“ auf den Reichstagsabgeordneten Buchwitsch angewandt, kann nach seiner nationalsozialistischen Meinung nicht als Beleidigung angesehen werden. Das Urteil lautete auf 500 Mark Geldstrafe oder zwei Monate Gefängnis und Publikationsverbot in der „Hirschberger Volkszeitung“, der „Schlesischen Zeitung“ und dem „Boten aus dem Riesengebirge“.

Ein andermal hatte Franke in seinem Mißblatt einen Artikel gebracht, der angeblich schon vor vielen Jahren als Broschüre erschienen ist und in größter Weise die Juden herabsetzt. Franke war wohl infolge des vorhergegangenen Urteils etwas gedämpft und erklärte, er denke nicht daran, die jüdische Religion herabzusetzen! Nur die jüdische Rasse bekämpfe er! Hier erfolgte Freisprechung, da das Gericht zugunsten des Beklagten annahm, daß sein Bildungsgrad nicht ausreichte, um sich der Tragweite des Artikels bewußt zu sein.

Nunmehr erschien ein zweiter „deutscher“ Mann vor den Schranken des Gerichts: Gerhard Bartisch, der den Magistrat Liebau durch einen Artikel beleidigt hat. Selbstverständlich hat er den Artikel nicht geschrieben, bestimmt nicht, denn er beleidigt niemand, sondern kritisierte nur Mißstände. Bürgermeister Schmitz (Liebau), der als Nebenkläger auftrat, legte die finanziellen Verhältnisse der Stadt bis ins kleinste dar. Das Urteil lautete auf 50 Mark Geldstrafe und Publikationsverbot in dem „Boten aus dem Riesengebirge“ und im „Liebauer Wochenblatt“. Der Gerichtsvorsteher stellte in der Urteilsbegründung ausdrücklich fest, daß Bartisch mit seinem Geschreibsel nicht Abhilfe schaffen wollte, sondern offensichtlich nur die Absicht gehabt habe, zu beleidigen.

Wer ist schuld?

Die Waldburger Grubendirektoren unter Anklage

Das fürchtbare Schlagwetterungsglück im Untertagebetriebe der Glückhills-Friedenshoffnungsgrube am 29. Juli in Niederhermsdorf, bei dem 33 Bergknappen getötet oder so schwer verletzt wurden, daß sie an den Folgen wenige Tage nach dem Unglücksfall verstarben, ist noch in aller Erinnerung. Die seitdem geführten bergpolizeilichen und kriminalpolizeilichen Untersuchungen führten zu dem Ergebnis, daß für die Ursache der Katastrophe eine Reihe Beamte verantwortlich zu machen sind, die in höchst fahrlässiger Weise nicht für die vorchristmässige und ausreichende Zufuhr frischer Wetter (Luft) und für die einwandfreie Beschaffenheit der Grubensicherheitslampen gesorgt haben. Aus diesem Grunde wird das Grubeninglück jetzt ein gerichtliches Nachspiel haben. Die Untersuchung hat dazu geführt, daß gegen den Grubendirektor Beninghof und den Betriebsführer Tische der Glückhills-Friedenshoffnungsgrube, sowie sieben weitere Angestellte und Beamte der Unglücksgrube unter Anklage gestellt werden. Die Anklage lautet auf fah-

lässige Tötung im Zusammenhang mit Vergehen und Übertretungen der bergpolizeilichen Bestimmungen. Zwei Bergleute, die bei dem Unglück durch Verletzungen erheblich zu Schaden kamen, sind als Nebenkläger zugelassen und werden von dem Rechtsanwalt Georg Cohn in Waldburg vertreten.

Mit der Erhebung der Anklage bestätigt die Staatsanwaltschaft bereits, daß den Arbeitern an dem gefährlichen Unglück keine Schuld beizumessen ist, wie das anfänglich von einer dem Bergwerksunternehmen nahestehenden Seite zur Irreführung in die Öffentlichkeit dargestellt wurde. Die Grubensicherheitskommission war bei ihrer Untersuchung von der Ansicht ausgegangen, daß die Explosion eine Schlagwetterexplosion gewesen ist, die im siebenten Flöz, ihren Anfang genommen und sich infolge von Kohlenstaub und örtlichen Schlagwettergemischen fortgepflanzt hat. Nach der amtlichen Untersuchung kann die Ursache der Explosion in einer Sicherheitslampe gesucht werden, die in Weisglut geraten war. Die Anklage großer Mengen von Schlagwetter soll außerdem auf geringe Feilschuldhöhe infolge eines Mangels in der Wetterführung zu suchen sein. Eine von den an der Unfallstelle aufgefundenen Benzol-Sicherheitslampen ist in einer Veruchsstunde in Herar in Weisglut unterzucht und für nicht einwandfrei befunden worden. Zu dieser Angelegenheit ist zu bemerken, daß die Betriebsräte wiederholt Eintragungen in das Fahrbuch gemacht haben, wonach sich damals die Benzol-Sicherheitslampen in einem trostlosen Zustande befunden haben. Außerdem haben die Betriebsräte durch Eintragungen im Fahrbuch auch dokumentiert, daß die Feilschuldhöhe an der Unglücksstelle nicht genügend war. Ueber diese Fragen soll nun das Strafverfahren eine Klärung herbeiführen. Mit absoluter Sicherheit ist ebenfalls, soviel uns bekannt wurde, ermittelt worden, daß ein Sprengkugeln in ein Fall als Explosionsursache in Betracht kommt. Die ursprüngliche Annahme des zuständigen Bergleiters, daß die Grubensicherheitskommission an dem Unglück keine Schuld treffe, ist durch die Eintragungen und verschiedene Auslagen widerlegt. In Betrachtungen mit man dem Prozeß besondere Bedeutung bei, da die Frage, ob die Wetterführung ausreichend war, eine große und wahrscheinlich auch entscheidende Rolle spielen wird. Darüber hinaus hat dieser Prozeß für das aufzukommende Sicherheitsproblem für den gesamten deutschen Bergbau außerordentliche Bedeutung, weshalb die bekanntesten Sachverständigen des Bergbaues als Gutachter erscheinen werden.

Noch kein „Ober“ für Hindenburg

Opperkalki darf nicht

Die nach den Vorverhandlungen des Zentrums mit der Sozialdemokratie kürzlich in aller nächste Nähe gestandene Wahl des Hindenburg Oberbürgermeisters verzögert sich jetzt wiederum. Der kürzlich als neuer Kandidat genannte Hindenburg Schulrat Opperkalki hat, wie wir erfahren, seiner Partei eine Erklärung abgegeben, daß er seine Kandidatur zurückziehe. Aufseiner steht das Zentrum ein, daß diese Kandidatur für die eigene Partei kaum tragbar wäre. Wie man hört, ist diese Milderung der Situation auf das Eingreifen des — zentrierten — Oberpräsidenten Lutschke zurückzuführen, der einen Verwaltungssachmann zum Hindenburg Oberbürgermeister wünscht. Die früher genannten Kandidaturen des Vizepräsidenten Dr. Fischer, des Beuthener Landrats Dr. Urbanek und des Beuthener Kammerers Dr. Kasperkowitz rücken wieder in die Nähe. Die Hindenburg Sozialdemokratie hat nichts dagegen, wenn das Zentrum sich noch recht lange nicht über die Befegung dieses ihm zustehenden Amtes einigt wird die Stadt part dabei nämlich das Gehalt des Oberbürgermeisters, das immerhin 25 000 Mark im Jahr beträgt.

Glogau. Das Finanzministerium will nicht so billig sein. Dem Verlauf des Glogauer Platzes (Breslauer Platz) an die Stadt Glogau hat das Reichsfinanzministerium nicht zugestimmt, da der gebotene Kaufpreis von 240 000 Mark nicht angemessen sei. Bei dem gebotenen Preis entfielen auf den Quadratmeter 1,80 Mark, so daß die Entscheidung des Reichsfinanzministeriums nicht ganz verständlich ist.

Hirschberg erhöht die Tarife. Die in Hirschberg, das ja in der Abmeigung der öffentlichen Wirtschaft von der eigentlichen Kommunalverwaltung einen nicht unerheblichen Vorprung vor anderen Gemeindeverwaltungen der Provinz hat, selbständigen Betriebsauschüsse der städtischen Werke haben Wasser und Strompreise nicht unerheblich erhöht. Rückwirkend ab 1. Januar wird der Lichtstrom hier jetzt 50 Pf., der Kraftstrom 28 Pf. für die Kilowattstunde kosten.

Bolkshain. Töblicher Fahrradunfall. Schneidermeister Böhm aus Rauber wurde auf der Jauer-Straße be-

Schlesische Boden-Credit-Actien-Bank.

Zweite Teilausschüttung

aus der Teilungsmasse unserer Pfandbriefe alter Währung.

1. Mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde werden wir auf Grund des Art. 84 der Durchführungsverordnung zum Aufwertungsgesetz vom 15. Februar d. J. eine zweite Teilausschüttung in Höhe von 70% des Goldmarkbetrages der Pfandbriefe alter Währung und zwar 6% in 4 1/2% Liquidations-Gold-Pfandbriefen mit Zinslauf ab 1. 10. 1929 und 1% in bar vornehmen. Die Pfandbriefe werden in Stücken zu GM 5 000.—, 2 000.—, 1 000.—, 500.—, 200.—, 100.— und 50.— sowie in Zertifikaten zu GM 10.— ausserfertigt. Die Ausschüttung erfolgt gegen Einreichung der Ratenscheine Nr. 1 der bei der ersten Teilausschüttung ausgegebenen Anteilsscheine. Es entfallen auf jeden Ratenschein zu einem Liquidations-Gold-Pfandbrief

über GM 5.000.—	GM 3.000.—	4 1/2% Gold-Pfandbriefe und RM 500.— in bar
2.000.—	1.200.—	200.—
1.000.—	600.—	100.—
500.—	300.—	50.—
200.—	120.—	20.—
100.—	60.—	10.—
50.—	30.—	5.—

Auf die Ratenscheine Nr. 1 zu den Gold-Pfandbrief-Zertifikaten erhält der Einreicher 1% in bar und 6% in Liquidations-Gold-Pfandbriefen oder Zertifikaten. Spätere Beiträge, die sich für die Ratenscheine Nr. 1 der Liquidations-Gold-Pfandbriefe und Zertifikate zusammengerechnet in Liquidations-Gold-Pfandbriefen oder Zertifikaten nicht darstellen lassen, werden in bar ausbezahlt.

Die Ratenscheine sind unter Befugung eines lediglich nach dem Nennwerte geordneten Verzeichnisses bei unserer Kasse in Breslau 1, Schloßstraße 4, einzureichen. Die Einreichung kann auch bei jeder anderen der in der Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekendarlehen zusammengeschlossenen Banken.

- der Deutschen Hypothekendarlehenbank in Mainz, a. M.,
- der Frankfurter Pfandbrief-Bank Aktiengesellschaft in Frankfurt a. M.,
- der Leipziger Hypothekendarlehenbank in Leipzig,
- der Mecklenburgischen Hypothekendarlehen- und Wechselbank in Schwerin,
- der Norddeutschen Grund-Credit-Bank in Weimar,
- der Preussischen Boden-Credit-Aktien-Bank in Berlin,
- der Westdeutschen Bodenkreditanstalt in Köln

erfolgen. Formblätter werden auf Verlangen kostenfrei zugesandt; sie sind auch bei den anderen genannten Banken erhältlich. Zur Prüfung der Legitimation der Einreicher sind wir verpflichtet, aber nicht verpflichtet.

Um den Inhabern der Anteilsscheine weiterhin besondere Vorteile zu verschaffen, sind wir bereit, bei Einlösung des Ratenscheines Nr. 1 unsere neu auszugebenden 8% igen Gold-Pfandbriefe Em. XXII zu einem Vorzugskurs von 95% abzugeben. Die Pfandbriefe der Emission XXII sind in Stücken von GM 50.— am erhältlich, mit Januar/Julizinscheinen ausgestattet und ab 1. Juli 1930 vorzinslich. Die Stückzinsen vom 15. Februar bis zum 30. Juni d. J. sind im Vorzugskurs verrechnet. Die Rückzahlung erfolgt ausschließlich im Wege der Auslosung zu 100%, die mit jährlich mindestens 1% der ursprünglichen Emission ab 1936 erfolgen und bis 1939 beendet sein muß. Im übrigen erhält die Emission, die an der Berliner und Breslauer Börse baldmöglichst zur Einführung gelangen wird, die gleiche Ausstattung wie die bereits an der Berliner und Breslauer Börse mit 76,50% notierte Emission XXI. Soweit der zur Ausschüttung gelangende Barbetrag bei dem einzelnen Empfänger den Preis des gewünschten Pfandbriefes nicht erreicht, ist der Empfänger berechtigt, die Differenz zuzuzahlen. Von diesem Sonderangebot kann nur bis zum 15. April 1930 Gebrauch gemacht werden. Werden die Erlösungen und die etwa erforderlichen Barzahlungen nicht gleichzeitig mit der Einreichung der Ratenscheine vorgenommen, so hat der Einreicher keinen Anspruch auf Berücksichtigung.

Breslau, den 25. Januar 1930.

Schlesische Boden-Credit-Actien-Bank

Dr. Müller

v. Ferenhoff

Amungelos aufgefunden. Man brachte ihn in der Stillerheitszelle des Armenhauses unter. Als er am anderen Tage die Bestimmung noch nicht wiedererlangt hatte, zog man einen Arzt zu Rate, der den Tod des Meisters infolge eines schweren Schädelbruchs feststellte. Er war auf dem Nachhausewege vom Quartal der Schneiderinnung mit seinem Fahrrad gestürzt.

Dittlerbach. Genickstarre. Bei dem Besuch seiner Großmutter erkrankte hier der 18jährige Schlepper Just plötzlich an Genickstarre. Ins Krankenhaus gebracht, verstarb er kurz darauf.

Waldburg. In den Schacht gestürzt. Beim Verlegen einer Arbeitsbahn im Graf-Hochberg-Schacht stürzte der Schlepper Stumpf aus sechs Meter Höhe ab und wurde schwer verletzt ins Lazarett gebracht.

Muhrau, Kreis Striegau. Schleifische Apfelmännchen gefällig? In der Weierheimischen Schlossgärtnerei stehen in einem größeren Gewächshaus einige 30 bis 40 Jahre alte Apfelmännchenbäume, bei denen es dieses Jahr geungunig ist, Anfänge der Frucht so zu pflegen, daß diese reif würden und geerntet werden konnten.

Bersdorf, Kreis Jauer. Es war nur Einbildung — seltsame Wahnvorstellungen eines Mädchens. Der vermeintliche Entführungversuch der 17jährigen Hausangestellten Kopyts hat keine Aufklärung gefunden. Man fand bei dem Mädchen einen Brief an der Halskette, auf dem die Worte „Deine Mutter“ standen. Dabei lagen Bergheimblätter aus Papier. Wie sich jetzt herausstellte, hat das Mädchen den Brief, offenbar in Sehnsucht nach der ihr unbekanntem Mutter, einer Polka, die 14 Tage nach ihrer Geburt nach Polen floh, selbst geschrieben. Die Mutter konnte weder deutsch sprechen noch schreiben. Als Oberlandjäger dem Mädchen, das in ständigen Krämpfen gequälte hatte: „Ich mag nicht ins Auto! Laßt mich los, ihr Entführer!“ sagte, daß die ganze Geschichte erfunden sei, bekam es wieder Weintrünke und hysterische Anfälle. Offenbar ist das Mädchen das Opfer krankhafter Vorstellungen geworden, die in dem Entwicklungsalter wurzeln.

Stephanshain. Schweres Verkehrsunglück. Kurz vor dem Bahnhof Stephanshain fuhr der 23jährige Volontär Conrad Müller aus Stephanshain auf der Heimfahrt von der Arbeitsstätte mit seinem Motorrad in einen Möbelwagen. Der Zusammenstoß war so heftig, daß er mit dem Kopfe die Rückwand des Möbelwagens durchdrang und so schwer verletzt wurde, daß er bald darauf verstarb. Sein Soziusfahrer wurde in den Straßenraben geschleudert und schwer verletzt.

Dels. Der verschwundene Förster, über dessen Schicksal die wildesten Gerüchte umgingen und in der nationalen Presse verbreitet wurden, ist in Chemnitz von der Polizei festgenommen worden. Ueber die Ursachen des plötzlichen Verschwindens wird uns aus Dels berichtet: Der 23jährige Förster Kajunko, in den Forsten des Grafen Koszoth mit einem jährlichen Gehalt von monatlich 35 Mark angestellt, hatte sich durch die Erziehung eines Hundes und anderer Begebenheiten die Ungnade der Frau Gräfin zugezogen. Neben ungnädigen Vorkerkungen über seine Unvorsichtigkeit wurde dem Förster zur

Das Betriebsheft Nr. 1

ist sofort im Parteisekretariat
Zimmer 170, abzuholen

Mäßregelung auch das übliche Weihnachtsgeheim, welches seine Kollegen erhielten, entzogen. Auch war er trotz seines enorm hohen Gehalts in Schulden geraten. Diese Tatsachen scheinen ihn dazu bewogen zu haben, im Anschluß an eine ausgedehnte Kneiperlei seine Röhre an einen Baum zu schlagen und den Wandertag zu ergreifen.

Strehlen. Einen Wilderer angeschossen. Als Landjäger morgens einen bekannten Wilderer mit Rudrad und Gewehr aus dem Walde kommen sahen und dieser auf Anruf stillhielt, schoß ein Wamter dreimal hinter ihm her. Eine Kugel traf den Wilderer in den Unterleib, so daß er zusammenbrach.

Grottkau. Die Bahnpolizei „mußte zur Waffe greifen“. Folgender anscheinend offizieller Bericht wird vom Reichsbahnverbreiter: In der Nacht zum 22. Januar hielt eine Nachtzelle der Bahnpolizei auf der Chaussee Schurgast-Vorkwitz zwei verdächtige (!) junge Männer, anscheinend in Straflingsbekleidung an. Da die eine Person auch bei der dritten Aufforderung „Hände hoch!“ die Hände in den Hosentaschen behielt und verdächtige Bewegungen machte, mußte der Bahnpolizeibeamte zur Waffe greifen. Der Wildererpenfige wurde durch einen ungefährlichen Schulterschuss verletzt. Nach Anlegen eines Notverbandes wurden die beiden Personen, zwei der Filialorganistat in Grottkau entwundene Filialorganistatlinge, in Begleitung des herbeigeholten Landjägers nach Grottkau zurückgebracht.

Königshütte. Banditenstreich. In die Räume der hiesigen Grubenholzfirmen Jäh drangen zwei bewaffnete Männer ein, die mit dem Revolver das anwesende Büropersonal in Schach hielten und mit einer eisernen Kassette verschwanden. Vorher erbrachen sie noch Schreibtische und Schränke und raubten das darin vorgefundene Geld. Die Räuber sind unerkannt entkommen.

Aus der Umgebung

Diesdorf. Eine freiwillige Feuerwehr wurde hier dieser Tage ins Leben gerufen. Die Erwerbung einer Motorspritze ist bereits erfolgt. Zu den Ausrüstungs- und Anschaffungskosten hat die Reichsbahnverwaltung eine geschenktweise Beihilfe von 1000 Mark überwiesen.

Neumarkt. Gasthof verkauft. Der bisher dem Gastwirt Ebnesa gehörige Gasthof zum St. Thoman wurde an den Gastwirt Hessel aus Kammerdorf verkauft. Die Übernahme erfolgt am 1. April.

Brodau. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Dienstag, den 28. Januar, findet die diesjährige Generalsammlung am 20 Uhr bei Schindler statt. Es ist Pflicht, Kameraden, zu erscheinen.
Brodau. Polizeilicher Wochenbericht. In der Woche vom 19. Januar bis 25. Januar 1930 wurden folgende strafbare Handlungen zur Anzeige gebracht: Heberretung, Raubfahrverbrechen 2, Gewerbeverbrechen 1, Ruhestörung 3, Mißbräuchliche wehre 5, Vergehen: keine.

Sozialdemokratische Partei
Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-171
Telefon 59060, 59061
Grüßzeit von 9-11 und 16-19 Uhr

Zadischhau. Dienstag, den 28. Januar, 19 Uhr: Generalsammlung bei Frante. Redner: Genosse Schiffer.
Zieferitz. Mittwoch, den 29. Januar, vormittags 9 Uhr: Erwerbslosen-Versammlung. Redner: Parteisekretär Schiffer. Wir erwarten zahlreichen Besuch.

Werbt ständig für unsere Zeitung

Breslauer Produktentbörse v. 27. Januar 1930
Umläufige Notierungen der an der Breslauer Produktentbörse vom 27. Januar 1930 gezeichneten Biere in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Markt und nicht für Exportpreise) nachfolgend in vollen Wagenladungen.

Tägliche Umläufige Notierungen (100 kg)

Waren	25	24
Getreide:		
Weizen* 75,5 kg Hl. G. min. p. Hl.	24,30	24,20
Roggen* 71,2 kg Hl. G. min. p. Hl.	16,50	16,30
Malz mittlerer Art u. Güte neu	13,00	13,00
Brauergerste, feinste	20,00	20,00
Brauergerste, alte	17,50	17,50
Sommergerste, mittl. Art u. Güte	18,00	18,00
Wintergerste, mittl. Art und Güte	15,50	15,50

Umläufige Notierungen für Mältereierzeugnisse (je 100 kg)

Waren	25	24
Weizenmehl	24,75	24,50
Roggenmehl	12,75	12,50

Sämereien, Landware (für 50 kg)

Waren	25	24
Kartoffel	44,00	44,00
Linole	44,00	44,00
Wollweide	40,00	40,00
Gelbweide	40,00	40,00
Silberweide	40,00	40,00
Silberweide	40,00	40,00

Selbstverleihen, laut Umläufiger landwirtschaftlicher Verzeichnisse. Sämereien in bester Keimung, Farbe, sowie mit gewährleistetester Keimfähigkeit entsprechend höher. Alles letzte Ernte und inländische Ernte außer Rueme.

Stadt-Theater
(Opernhaus)
Montag
20 bis 22,45 Uhr:
Die lustigen Weiber von Windsor.
Dienstag
20 bis gegen 22,30 Uhr:
Thom. Borst. F 11
Die Bohème.
Mittwoch
20 bis nach 22,30 Uhr:
Abend. Borst. G 11
Der Mazurka Oberst.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. 36300.
Letzte 5 Gastspiele
Erni Jolan
Walter Jankuhn
Montag, 27. und
Dienstag, 28.
Gräfin Mariza
Mittwoch, den 29.
Der Bestelstudent
Donnerstag, den 30.
Gräfin Mariza
Freitag, den 31.
Abschiedsvorstellung.
Erni Jolan
Walter Jankuhn
Der Bestelstudent
Mittwoch und Sonnabend
nachm. 4 Uhr
Sonntag, nachm. 2 Uhr
Rübezahl
Sonnabend,
den 1. Februar
Premiere
von Franz Lehars
Welterfolg
Land des Lächelns
m. Kammerängerin
Carola Farma a. G.
Trude Reiter a. G.
Kammeränger
Serge Abramovic a. G.

Circus Busch
Unwiderstlich
letzte Woche!
Tägl. 8 Uhr, Mittwoch,
Donnerstag, Sonnabend u.
Sonntag auch nachmittags
3 1/2 Uhr
**Wasserschlitten-Feuer-
regen** a. d. Circuskuppel
i. d. Wass.-Menage-Schau-
stück „Abentüer in
den Abruzzen“

Eilen Sie
zu Lieblich, nur
bis 31. 1. Zauberer
KASSNER
und das große
Varieté, tägl. 8 1/2 U
Mittwoch auch 4 U.
bei klein. Preis

Boxer
hirschbraun, Sonntag entlauf,
Kettenhalsband, Drahtmaul-
korb, hört auf „Argo“. Geg.
Belohnung abzugeben. Reiter,
Dhlau-Ufer 43, Tel. 56436

Schlafzimmer
moderne Ausführung, mit
160 cm breit. Spiegelkranz,
voll gearb., kompl. 775 Mark.
Küchen
sowie die moderne
Reform-Küchen
von 130 Mt. an
Teilzahlung gestattet
Alb. Nowolny
Weidenstraße 23/24

Lobe-Theater
Telefon 56747
Montag, 20,15 Uhr
und täglich,
**... Vater sein
dagegen sehr!**

Thalia-Theater
Telefon 56747
Täglich 20,15 Uhr
Trojaner
Dienstag, 15,30 Uhr
Die andere Seite.

Druckerei Volkswacht
fertig moderne Druckarbeiten
Breslau 2 Flurstraße 4/6

Druckerei
Gediegene und zweckmäßige
Ausführung aller Druckarbeiten
preiswerter in kürzester Lieferzeit
VOLKSWACHT
BRESLAU 2 — Flurstraße Nr. 4/6

Vereine
die für die Zeit nach dem 1. April 1930 auf den Saal
und Konzertgarten des
Bergkeller
reflektieren, wollen sich bitte in Verbindung setzen mit der
Brauerei zum Nußbaum, Riebschkustraße 33.

Nur 5 Tage! **Nur 5 Tage!**

Der Waschteufel

ist der einzigste Waschapparat in ähnlicher Preislage und Konstruktion, der durch
Deutsches Reichspatent
geschützt ist

Warum wollen Sie sich noch plagen? Warum wollen Sie Ihre Hände nicht schonen? Warum wollen Sie Ihr Geld nicht sparen? Viele tausende **Hausfrauen in Breslau waschen nur noch mit dem Waschteufel** und sind **restlos zufrieden!** — Fahren Sie noch mit der Postkutsche? — Nein! Warum wollen Sie also für den geringen Preis den in Breslau bewährten „Waschteufel“ sich nicht für Sie plagen, Ihre Hände schonen und Ihr Geld sparen lassen?!

Nur der „Waschteufel“ besitzt die **12 Hauptvorteile:**

1. Der Anschaffungspreis ist gering.
2. Es wird Alles gewaschen, grobe oder feine Wäsche, weiß oder farb., Gardinen oder Berufswäsche.
3. Das Nachsehen und Nachreiben fällt weg
4. Geringer Kohlen- und Seifenverbrauch.
5. Es kann in jedem Gefäß gewaschen werden.
6. Die Wäsche wird maschinell geschwefelt.
7. Die Wäsche wird außerordentlich geschont
8. Das Waschen erfordert keine Anstrengung, geht spielend leicht.
9. Ihre Hände werden geschont, da sie nicht mit dem Wasser in Berührung kommen.
10. Es wird kein Platz beansprucht.
11. Keine Pflege noch Putzen oder Abtropfen nötig.
12. Rosten und oxydieren ausgeschlossen.

Wegen des großen Erfolges halten wir nochmals diese Woche ein

Probewaschen

Nur im „Kaufmannshelm“
Schuhbrücke 51
am Montag, 27. Januar
nachmittags 5 Uhr
am Dienstag, 28. Januar
am Mittwoch, 29. Januar
am Donnerstag, 30. Jan.
am Freitag, 31. Januar
täglich: vormittags 11 Uhr
nachm. 3 u. 5 Uhr

„Der“ Waschapparat!
mit dem man **NUR** noch wäscht!
Kein Waschtrichter!

Für Berufstätige außerdem **3 Sonder-Probewaschen**
am Montag, 27. Januar, am Mittwoch, 29. Januar, am Freitag, 31. Januar, **abends 8 Uhr**

Schmutzige Wäsche, auch Starkewäsche, aber **nur in trockenem Zustande**, bitte **mitzubringen**. Versäumen Sie die letzte Gelegenheit nicht und besuchen Sie unser Probewaschen, ehe wir dasselbe einstellen.

Nur diese Woche beträgt für Besucher der Probewaschen der Preis noch
Waschteufel D. R. P. Rm. 19.— **Wringer 5.—**

Es gibt viele Nachahmungen, aber nur einen „Waschteufel“!
Generalvertreter: A. Wendler, Breslau, Auenstr. 22
Bestelle Apparate bitte während der Vorführungszeiten im Kaufmannshelm abzuholen.

Dieses Inserat erscheint nicht mehr
Bitte ausschneiden!

Rinder-Nacharbeit in der Schwerindustrie!

Wie alles Dumme, so sind auch alle Mißstände sanftsam. Nacharbeit von Kindern in Schwerindustrien? Gibt es so etwas noch? Sind denn nicht schulclassene Kinder bis zum Alter von 14 Jahren nach der Gewerbeordnung „junge Leute“, die in Betrieben mit mehr als zehn Beschäftigten in den Nachtstunden von 8 Uhr abends bis 8 Uhr morgens nicht beschäftigt werden dürfen? Ja, aber für Walz- und Hammerwerke ist eine Ausnahmeregelung möglich. Nach einer besonderen Verordnung aus dem Jahre 1912 kann einzelnen Betrieben die Nacharbeit jugendlicher im Alter von unter 14 Jahren für die Beschäftigung mit Arbeiten genehmigt werden, „welche geeignet sind, die Ausbildung der jungen Leute zu fördern und welche keine besonderen Gefahren für ihr Leben und ihre Gesundheit mit sich bringen“. Diese ursprünglich auf zehn Jahre befristete Verordnung ist seit ihrem Ablauf im Jahre 1922 immer wieder erneuert worden. Am 11. März dieses Jahres läuft ihre Geltungsdauer abermals ab. Damit ist von neuem die Möglichkeit gegeben, endlich mit Dingen aufzuräumen, die nicht mehr in unsere Zeit hineinpassen.

Für die Nacharbeit von Kindern gibt es keine sachlichen Gründe, vor allem nicht in dem vorliegenden Fall der Ausnahmeregelung für die Schwerindustrie. Das geht schon daraus hervor, daß in ganz Deutschland kaum 200 Jugendliche in etwa einem halben Duzend Betrieben in Nachtschicht arbeiten. Grotesk und lächerlich wirkt es unter diesen Umständen, wenn in dem Entwurf des Arbeitszeitgesetzes auch für die Zukunft der Schwerindustrie und ebenso den Glashütten die Möglichkeit zur Beschäftigung jugendlicher im Alter von 14 bis 16 Jahren während der Nacht gegeben werden soll. Man sollte es nicht für möglich halten: die Bearbeiter des Entwurfs sehen den Umstand, daß noch einige Walz- und Hammerwerke nicht ohne die Nacharbeit von Kindern existieren zu können glauben, für die schwerwiegend an, daß nach der Begründung zum Arbeitszeitgesetz die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens betreffend Nacharbeit jugendlicher für Deutschland nicht in Frage kommen kann. Was bereits in 21 Ländern, z. B. in Oesterreich, Belgien, Frankreich, England, Holland, Rumänien und Indien möglich war, ist in Deutschland unmöglich? Hier hängt das Wohl und Wehe der gesamten Wirtschaft anscheinend von der Nacharbeit einiger hundert Kinder ab.

Der Reichsarbeitsminister muß hier zupacken und aufräumen. Er muß den zuständigen Sachbearbeitern klar machen, daß veraltete Bestimmungen nicht bestehen bleiben können, damit irgend ein Referent auf Jahre hinaus eine Beschäftigungsmöglichkeit hat. Alle Gewerkschaftsrichtungen sind für die Beseitigung des Mißstandes. Mit den erwähnten Sonderbestimmungen für die unter 16 Jahre alten Jugendlichen sollte schließlich auch schon deshalb zum nächstmöglichen Termin endgültig aufgeräumt werden, weil die Verbindung der gesetzlichen Neuregelung des Jugendschutzes mit der allgemeinen Arbeitszeitregelung im Arbeitszeitgesetz es mit sich gebracht hat, daß eine gesetzliche Neugestaltung des Jugendschutzes anscheinend in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist.

Der Streit um die Entlohnung der Schwerbeschädigten bei der Reichsbahn

beschäftigte dieser Tage auch das Berliner Arbeitsgericht. Sieben Schwerbeschädigte, die schon mehr als 10 Jahre in Berliner Reichsbahn-Werkstätten arbeiten, klagten auf Lohnnachzahlung in Höhe von rund 3500 Mark. Das Arbeitsgericht erklärte die Forderungen der Kläger für berechtigt.

Die Differenzen über die Entlohnung der Schwerbeschädigten bei der Reichsbahn beschäftigen wiederholt die Arbeitsgerichte und im Augenblick ist auch bei dem Reichsarbeitsgericht eine solche Klage anhängig. Nach dem Tarifvertrag vom Jahre 1924 sind die Löhne nach der Leistungsfähigkeit im Verhältnis zu bemessen. Die Reichsbahn hat nun unter Berufung auf diese Tarifbestimmung die Löhne von Schwerbeschädigten gekürzt und zwar mit der Begründung, daß die in Frage kommenden Arbeiter nur an ihren Arbeitsplätzen, nicht aber in ihrem Arbeitsmaß voll leistungsfähig seien. Maßgebende Kenner des Arbeitsrechts vertreten jedoch den Standpunkt, daß heutzutage angesichts der vorgezeichneten Typisierung und Rationalisierung unmöglich der Gesamtbegriff des Faßs gegenüber den Schwerbeschädigten ins Treffen geführt werden könne; maßgebend müsse sein, ob der Schwerbeschädigte die ihm übertragenen Arbeiten, die er im allgemeinen und gewöhnlich auszuführen hat, bewältigen kann oder nicht. Es kann zum Beispiel ein Schwerbeschädigter Kampfer, der nicht gehen kann, sehr wohl an seinem Arbeitsplatz die ihm übertragenen Arbeiten voll erledigen. Die Reichsbahn ließ jedoch vom Jahre 1925 an prüfen, ob ein Schwerbeschädigter auch andere Arbeiten, die ihm gar nicht zustehen, in der Werkstatt verrichten kann, und wenn das nicht der Fall war, wurde ihm je nach dem Grad seiner Beschädigung ein Betrag zwischen 5 Prozent und 20 Prozent vom vollen Arbeitslohn abgezogen. Die vom Abzug betroffenen Arbeiter haben protestiert; sie glaubten, daß im Verhandlungswege eine Einigung erfolge; als die Verhandlungen sich als aussichtslos erwiesen, schritten sie zur Klage.

Eine Kürzung des Lohns kann unmöglich eintreten, so lange der Schwerbeschädigte im modernen Sinn des Arbeitsjahrsbegriffs voll arbeitsfähig ist. Eine Minderung der vollen Arbeitsfähigkeit kann auch nicht dadurch eintreten, daß wie es bei der Reichsbahn versucht wurde, den Schwerbeschädigten Werkstättenarbeiten plötzlich mehr Arbeit zugewiesen wurde. Auf diese Weise könnte man jeden Arbeiter minderleistungsfähig machen. Die Gerichte haben sich wiederholt ausdrücklich auf den Standpunkt gestellt, daß nur eine persönliche Leistungsminderung zu einer Herabsetzung des Lohnes berechtigt.

Die endgültige Entscheidung in diesem Rechtsstreit, die aller Voraussicht nach in Kürze beim Reichsarbeitsgericht erfolgen wird, ist von großer Bedeutung für alle voll arbeitsfähigen Schwerbeschädigten.

Invalidenversicherung und Witwenrente

Bedeutende Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes
Die von den deutschen Landesversicherungsanstalten ausgehenden, von maßgeblichen Stellen jedoch von vornherein angezweifelte Ansicht, daß nach erfolgter Erstattung der Beiträge zur Invalidenversicherung der vor dem 1. Januar 1912 verstorbenen Versicherten auch auf Grund des Gesetzes über Leistungen in der Invalidenversicherung vom 12. Juli 1920 Witwenrente nach Artikel 8 dieses Gesetzes nicht gewährt werden könne, wird vom Reichsversicherungsamt nicht geteilt. Der neuente Reichsentscheid des Reichsversicherungsamtes hat in seiner Sitzung vom 20. Januar 1929 folgenden, für Tausende hiervon betroffenen Witwen wichtigen Grundsatzzusammengefaßt:
Der Anspruch auf Hinterbliebenenfürsorge (Witwen- und Waisenrente) nach Artikel 8 des Gesetzes über Leistungen in der Invalidenversicherung vom 12. Juli 1920 (Reichsgesetzblatt I Seite 135) wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß die Witwe bei

flz den Versicherten entrichteten Beiträge gemäß § 31 des Gesetzes betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889 oder § 44 des Invalidenversicherungsgesetzes vom 12. Juli 1920 erstattet worden ist.

Die Landesversicherungsanstalten, die bereits eine große Anzahl von Ansprüchen auf Hinterbliebenenfürsorge wegen erfolgter Erstattung der Hälfte der Beiträge abgelehnt haben, werden aus dieser grundsätzlichen Revisionsentscheidung für alle diese Fälle die notwendigen Folgerungen ziehen müssen. Die Entscheidung soll möglichst bald in den amtlichen Nachrichten für Reichsversicherung veröffentlicht werden.

Die Entscheidung des Reichsversicherungsamtes bedeutet eine neue Belastung der Invalidenversicherung mit Millionen.

Der Niederländische Gewerkschaftsbund beschloß Mittel für den Ausbau der Arbeitervereine bereitzustellen. Das bisher 14tägig erscheinende Bundesorgan wird in eine Wochenchrift umgewandelt und der Hauptamt der Landeszentrale um einen weiteren Funktionär ergänzt.

Zünftler und Berufsausbildung Die Straßener Handwerkskammer wünscht kein Berufsausbildungsgesetz

Im Lehrlingswesen wird alles auf ewige Zeiten beim Alten bleiben, wenn es nach dem Willen der Zünftler ginge. Sie fühlen sich wieder einmal an ihrem Lebensenergiegetroffen, weil das kommende Berufsausbildungsgesetz mit einer Reihe mittelalterlicher Bestimmungen der Gewerbeordnung aufräumen und den Arbeitnehmern grundsätzliche Gleichberechtigung in der Mitwirkung bei der Regelung des Lehrlingswesens geben will. Warum sind die Zünftler so empfindlich? Sie fürchten, daß unter den neuen rechtlichen Verhältnissen die Ausnutzung der billigen Arbeitskraft des Lehrlings — nahezu zwei Drittel aller gewerblichen Lehrlinge werden in Handwerksbetrieben ausgebildet — nicht mehr wie bisher möglich sein werde.

Die Sorgen der Ewig-Gestrigen kommen in der Stellung der Straßener Handwerkskammer in überaus charakteristischer Form zum Ausdruck. Die Kammer lehnt den Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes entschieden ab. Sie erklärt: „Abgesehen davon, daß die seit Jahrzehnten sich in Kraft befindenden Bestimmungen der Gewerbeordnung die Ausbildung im Handwerk in hinreichender Weise regeln und somit eine Notwendigkeit zu der Neuregelung der Frage der Berufsausbildung im Handwerk überhaupt nicht vorliegt, vermag die Handwerkskammer dem vorliegenden Gesetzentwurf auch deswegen schon nicht zuzustimmen, weil er die Förderung des Handwerks in keiner Weise zur Folge haben würde.“

Nicht überall ist man so verbohrt und weltfremd wie im pommerischen Handwerk. Wenn man wie auf der Handwerkskammerversammlung in Straßener schon unter sich ist, kann man natürlich leicht einwilligend und ohne Aussprache gegen das Berufsausbildungsgesetz schief machen. Im Reichstag würde es den Handwerksvertretern schon schwerer fallen, den Standpunkt zu vertreten, daß das Lehrlingswesen im Handwerk in keiner Weise reformbedürftig sei. Die Spitzenorganisationen des Hand-

werks, der Deutsche Handwerks- und Gewerkschaftstag, weiß zum Beispiel nur zu gut, daß er nicht plump wie die Meister von Straßener vorgehen kann. „Mit einem gewissen Stolz kann das Handwerk feststellen, daß seine Einrichtungen, die es sich mit Hilfe des Gesetzes im Laufe der letzten drei Jahrzehnte für die Ausbildung tüchtigen Nachwuchses geschaffen hat, als Grundideen im Entwurf wiederkehren.“ Dann kommt das große Wort: „Spitzenorganisation. Sie jammert, der Gesetzentwurf enthält tarifliche Regelungen des Lehrlingswesens nicht, ausgeben den Gewerkschaften die Handhabe, jede „Berufsausbildung zu sabotieren“. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer geht dem Handwerk, und Gewerkschaften zu weit. Es genügt dem Handwerk nicht, daß nach dem Entwurf die Kammern allein die Ausführung und Vorbereitung der Beschlüsse der paritätischen Ausschüsse sowie das Recht der Stellung von Strafanträgen haben sollen — es verlangt das hinaus, den Arbeitnehmern das Mitbestimmungsrecht bei der Ausschreibung der zur Lehrlingshaltung ungeeigneten Betriebe der Kontrolle der Betriebe auf Durchführung der geltenden Vorschriften, bei der Prüfung der Ausbildung und Unterbreitung der Lehrlinge usw. zu nehmen.“

Auch die Unternehmer in Industrie und Handel haben viel an dem Gesetzentwurf auszusetzen. Ihnen ist die Einbeziehung der ungelerten Jugendlichen unentrichtlich, da das Gesetz den Lohnabzug für den Berufsbesuch beseitigen will. Man sieht also nur zu deutlich, daß die Verabschiedung des Gesetzes im Reichstag nicht vor sich gehen wird. Die Vertreter der Arbeiter werden daher im Reichstag nicht nur die gewerkschaftlichen Forderungen zum Berufsausbildungsgesetz zu verfechten, sie müssen darüber hinaus in der Abwehr der von den Arbeitnehmern angekündigten reaktionären Bestrebungen zuhause stehen.

Der Dorfmüllererstaat

Vor schweren Kämpfen um Auftrags- und Tarifpolitik der Reichsbahngesellschaft

Wie die Reichsbahn wurde auch die Reichsbahn durch den Dawesplan ein Staat im Staate. Sie hatte bestimmte Beiträge zu den Reparationszahlungen anzubringen und ein ausländischer Treuhänder sicherte diese durch Überwachung ihrer Betriebe und ihrer Finanzen. Der Treuhänder ernannte auch den halben Verwaltungsrat. Die auf Grund des Dawesplanes errichtete neue Reichsbahngesellschaft hatte mit Reichstag und Reichsrat überhaupt keine Berührungspunkte mehr. Formal aufrechterhaltene Hoheits- und Aufsichtsrechte des Reiches betrafen nur Kapitalien, Baupläne, Enteignungsrechte, Genehmigung von Tarifveränderungen, Betriebssicherheit usw. Der Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft Dr. Dorfmüller ist zwar dem Verwaltungsrat, nicht aber dem Reichstag oder der Reichsregierung verantwortlich. Der dem Volk verantwortliche Reichsverkehrsminister, der grundsätzliche Leiter der Reichsbahn zu verwalten und zu leiten hätte, ist praktisch der Gehilfe des dem Volk nicht verantwortlichen Generaldirektors. Allmächtig ist in Wirklichkeit der Generalrat. Dieser wird aber nur zur Hälfte von der Reichsregierung ernannt, wobei nur „erfahrene Kenner des Wirtschaftslebens und Eisenbahnsachleute“, aber keine Parlamentarier- und Regierungsmitglieder ernannt werden dürfen. Der Verwaltungsrat beruht und beseitigt endlich den Generaldirektor und die Vorstandsmitglieder, der Verwaltungsrat allein bestimmt den Gehälter. Der Reichspräsident hat nur ein Bestätigungsrecht.

Die Männer, die jetzt den Verwaltungsrat bilden, haben zum großen Teil große materielle Interessen an ihrem Amt. Die Reichsbahn vergibt jährlich für 1500 Millionen Aufträge. Davon entfallen circa 1300 Millionen Mark an die Schwer- und die Großindustrie. Das besagt alles. Im Generalrat selbst bestimmen aber C. F. von Siemens, Peter Klädner, Dr. Paul Silberberg, Generaldirektor Schmitz vom Farbentwurf und Generaldirektor Welker vom Sanktollongern. Selbstverständlich stehen der Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft und alle hohen Beamten in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis zu diesen Männern. Diese bestimmen auch entgeltlich die Personal- und die Sozialpolitik der Reichsbahn. Unter den 18 Mitgliedern des Verwaltungsrats war bisher auch nicht ein einziges, das das Riesenpersonal von 700 000 Köpfen vertreten hätte oder Neigung dazu besaß.

Die Entwicklung der Reichsbahn zu einem Staat im Staate war nur durch die Verknüpfung der Reichsbahn mit den Reparationen verständlich und nur auf Grund der unabwendbaren Bestimmungen der Reparationsgläubiger zu erklären. Mit dem Dawesplan haben sich die Dinge geändert. Das Reich erhält die volle — nur durch internationales Recht in der Ausführung gebundene — Souveränität gegenüber der Reichsbahn zurück. Der alleinige Eigentümer der Reichsbahn, das Reich, kann wieder über die Reichsbahn nach eigenem Ermessen verfügen.

Kommt nun aber das Reich durch die Dawesplan-Beschlüsse zu seinem Recht? Sind die Beschränkungen der Reichsbahn überflüssig gewesen, die entstanden, als der Reichstag dem Reichsverband der deutschen Industrie in einer verächtlichen Entschliessung — zu derselben Zeit versuchte von Siemens ungeduldet in Paris die Verhandlungen zu steuern — die sofortige Zurückberufung der Gewerkschaften aus Paris verlangte, „um die Verhandlungsführung objektiv zu überlassen?“ Hat man die an niemandem abtrüben Souveränität des Reiches, d. h. die Verantwortlichkeit der Reichsbahnverwaltung gegenüber den politischen Gewalten der Reichsgarantier?

Die Haager Beschlüsse konnten an der Souveränität des Reiches nicht vorbeigehen, aber sie messen dem Reich die ihm eigenen Rechte zustehende Souveränität zu, wie einem Kinder seinen Rechten keinen Gebrauch machen kann oder soll. Der Einfluß der hohen Eisenbahnbürokratie die ihre Gehälter keiner öffentlichen Kritik unterziehen will, und der Einfluß der Industriemächte im Verwaltungsrat waren zu gewaltig. Die hartnäckige Arbeit der Gewerkschaften hat wenigstens die Allmacht des Verwaltungsrats hinsichtlich des Tarifvertrags, Arbeitszeit, und des Beamtenbeschlusses. Über Reichstag und Reichsrat werden weiterhin keinen direkten Einfluß auf den Reichsbahnbetrieb haben. Der Reichsverkehrsminister wird weder sich noch Stimme im Verwaltungsrat besitzen, allerdings erscheinen, man muß ihn auch anhören. Die Wünsche des Reiches werden aber über den bisherigen Stand hinaus nicht erweitert. Die Auslandsrechte des Reichsverkehrsministers sind nur im Rahmen der Aufsichtsbefugnisse über Verfügungen allgemeiner Art des Verwaltungsrats sind Minister nur mitzuteilen. Das Reich hat auf die Gehaltssetzung des Generaldirektors und der leitenden Beamten im Zukunft keinen Einfluß. Zu deren Ernennung ist nur Zustimmung mit der Reichsregierung und Bestätigung des Reichspräsidenten notwendig. Abberufung des Generaldirektors kann die Reichsregierung beim Verwaltungsrat nur beantragen und auch das nur bei Verletzung der Satzungen. Die Tarifhoheit liegt praktisch beim Verwaltungsrat.

So liegen nach dem neuen Statut die direkten Rechte des Reiches und des Reichsverkehrsministers, die nach der Tradition und den Rechten des Eigentümers die Reichsbahn ausschließlich zu verwalten und zu betreiben hätten. Alles liegt bei der Reichsbahn die Verhältnisse nicht so kritisch bei der Reichsbahn. Es fehlt z. B. beim Verwaltungsrat der Reichsbahn die Bestimmung, daß sich — wie beim Generalrat der Reichsbahn — der Verwaltungsrat durch 2/3 der Mitglieder (Zuwahl durch den Rat selbst) ergänzt. Das Reich hat das ständige 18 Verwaltungsratsmitglieder zu ernennen. Dieses erstreckt sich gegenwärtig praktisch auf die Besetzung der durch das Ausschneiden der ausländischen Mitglieder aus dem Verwaltungsrat freiwerdenden 4 Plätze. Die Bedeutung dieses Rechts für das Verhältnis von Reichsbahngesellschaft braucht wohl an dieser Stelle nichts zu werden. In diesem Zusammenhang ist auch wichtig, daß Gegenstand zu der Dawesregelung jetzt auch Reichs- und Landesabgeordnete und Regierungsmitglieder dem Verwaltungsrat gehören dürfen.

Es ergibt sich also die Möglichkeit, den unerträglichsten Stand, daß finanziell interessierte Kreise über Auftrags- und Tarifpolitik der Reichsbahn bestimmen zu beseitigen. Hier wird bald Forderungen verlangt werden müssen. Wir dürfen uns aber nicht täuschen, daß diese Forderungen nur das Ergebnis von politischen Kämpfen sein werden. Denn die Vertreter der Schwerindustrie und des deutschen Finanzkapitals, die selbstverständlich nicht geneigt sein, die ihnen durch den Dawesplan gewährte Macht kampflos aufzugeben.



Haben Sie soviel Zeit?
Scheinbar ja, sonst würden Sie sicher Girokonto bei der Sparkasse zu legen und bargeldlos zahlen!

Städtische Sparkasse zu Breslau

Kursus für Bezirksjugendleiter der Arbeiter-Radsfahrer

Am 10. Januar trat der Gau-Jugendauschuss die Bezirksjugendleiter zu einem Lehrtage zusammen, der in Breslau in der Turnhalle der Kreisfahrschule stattfand. Dieser Kursus sollte den Zweck verfolgen, das in Leipzig auf dem Gaujugendleitertage erworbene Wissen der praktischen und theoretischen Jugendpflege auf die Bezirksjugendleiter zu übertragen. Anwesend waren sämtliche Bezirksjugendleiter und ein Teil der Jugendleiter des 1. Bezirks. Der Gausprekator war vertreten durch den Gauleiter, Gausprekator, Gaujugendleiter und den Gausprekator. Der Gauleiter Genosse Kühner begrüßte die Erschienenen und gab der Erwartung Ausdruck, daß das, was auf dem Kursus zu Gehör und praktisch durchgeführt wird, auch draußen in den Ortsgruppen zur Durchführung gelangen möge, zum Wohl unserer Jugendbewegung im Bunde sowie der Gesamtarbeiterkraft.

Das einleitende Referat „Unsere Aufgaben in der Jugendbewegung“ hielt Gaujugendleiter Genosse Gatz. Er ging von der Tatsache aus, daß alle Jugendlichen, die zu uns kommen, Bekämpfung auf allen Gebieten des Radsports suchen. Diesem Drange müssen wir versuchen gerecht zu werden. An Hand von Beispielen zeigte er, wie die Jugend im Coolport durch Radsport, Radball, und Radspiele, im Straßenport durch Stafetten, Inverläßlichkeit, Hindertour, Touren- und Wanderfahrten sowie durch Schuljagd mit und ohne Rad beschäftigt und an uns gefesselt werden kann. Besonders den Wander- und Ferienfahrten ist mehr Beachtung zu schenken. Aber auch Unterhaltung braucht die Jugend. Dazu ist notwendig, die Jugendlichen von den Erwachsenen zu trennen und in Jugendheimen ihren Kameradschaftsgeist zu pflegen. Diese Unterhaltung kann in körperlicher Art so sein, indem man Volksspiele und Volkstänze pflegt. Aber auch geistig sollen wir unsere Jugend wirksam durch Vorträge und Vorlesungen politischer und wissenschaftlicher Art, Frageabende, Lichtbildvorträge, Brettspiele, Schachspiele u. a. m. fördern. Diese Unterhaltung muß in körperlicher Art so sein, indem man Volksspiele und Volkstänze pflegt. Aber auch geistig sollen wir unsere Jugend wirksam durch Vorträge und Vorlesungen politischer und wissenschaftlicher Art, Frageabende, Lichtbildvorträge, Brettspiele, Schachspiele u. a. m. fördern. Diese Unterhaltung muß in körperlicher Art so sein, indem man Volksspiele und Volkstänze pflegt. Aber auch geistig sollen wir unsere Jugend wirksam durch Vorträge und Vorlesungen politischer und wissenschaftlicher Art, Frageabende, Lichtbildvorträge, Brettspiele, Schachspiele u. a. m. fördern.

Im Anschluß an den Vortrag zeigte Genosse Ubrich unter Mitwirkung sämtlicher Jugendleiter, wie man praktisch die Jugend mit Radspielen, Geschicklichkeitsspielen, Volksspielen und Heimspielen unterhalten und beschäftigen kann. Einige von der Jugendgruppe Breslau vorgeführte Volks- und Paartänze fanden guten Anklang bei den Kursisten.

In der Ansprache wurde von den einzelnen Rednern zum Ausdruck gebracht, daß es sehr schwer ist, das Amt des Jugendleiters zu versehen, und daß es der Unterstützung aller bedarf, um ein Fortschreiten in der Jugendpflege zu gewährleisten. Ferner wurde betont, daß die Finanzierung der Bezirksjugendauschüsse überall große Schwierigkeiten bereitet. Genosse Gatz wies auch hier die Wege, die zur Erreichung finanzieller Mittel beschritten werden müssen. Da das Bundesfest in diesem Jahre stattfindet und alles daran gehen muß, um eine größere Anzahl Jugendlicher nach Dresden zu bringen, wurde von einem Gau-Jugendleiter zu Pfingsten Abstand genommen. Die Bezirke werden dafür ihr Programm so ausgestalten, daß den Jugendlichen reichlich Gelegenheit geboten ist, bei Jugendtreffen, Wanderfahrten, Spieltagen, Schuljagden usw. zusammenzukommen. Eine Jugendfahrschule, welche am 6. Juli von Breslau ausgeht, durch einen großen Teil des Gauces geführt wird und wiederum Breslau zum Ziel hat, wurde einstimmig begrüßt, desgleichen die Entsendung einer Jugenddelegation zum Bundesfest nach Dresden vom Gau-Jugendauschuss empfohlen und von den Anwesenden mit Empfinden aufgenommen worden. Am 31. August findet eine Jugend-Wanderfahrt des 8. Bezirks nach der Schlesierversammlung bei Annau statt, wozu der Gau-Jugendleiter die umliegenden Bezirke auffordert, sich daran zu beteiligen. Nach Erledigung einiger organisatorischer Angelegenheiten wurde der überaus erfolgreich verlaufene Kursus mit der Abstimmung des Bundesfestes geschlossen. *E. F. Scholz*

Aus dem 14. Kreise des Arbeiter-Turn- und Sportbundes

2. Kreis-Wintersportfest

Infolge der im Sulengebirge ungünstigen Schneeverhältnisse wird das für den 2. Februar in Langenbielau i. Schl. ausgerichtete 2. Kreis-Wintersportfest des 14. Kreises im Arbeiter-Turn- und Sportbund voraussichtlich auf den 16. oder 23. Februar verschoben werden. Die endgültige Mitteilung hierüber erfolgt erst Freitag oder Sonnabend durch die Arbeiterpresse und den Rundfunk.

3. Schlesiendes Arbeiter-Turn- und Sportfest

Kreisrat, Kreisprekator, Bezirksrat, die Vorsitzenden der Breslauer Bundesvereine und Abteilungen, sowie die Delegierten der einzelnen Festauschüsse kommen Donnerstag, den 30. Januar, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus zur ersten Sitzung zusammen.

Die schlesischen Arbeiter-Athleten

beteiligen sich am 3. Schlesiendes Arbeiter-Turn- und Sportfest

Die Kreisprekatorstelle der schlesischen Arbeiter-Athleten teilt mit, daß der Kreisrat beschlossen hat, der Einladung der Arbeiter-Turner und Sportler zu ihrem 3. Kreisfest Folge zu leisten. Die Kreisathleten der Arbeiter-Athleten haben bereits mit den Technikern des Arbeiter-Turn- und Sportbundes über das sportliche Programm beraten und vollstes Einverständnis erzielt.

Bezirksstages des 14. Kreises im Arbeiter-Turn- und Sportbunde

1. Bezirk: 2. März in Breslau (Döblich).
2. - 9. März in Görlitz (Seinzelmann)
3. - 23. Februar in Hindenburg (Großer).
4. - 18. Februar in Sandberg (Gebel).
5. - 23. Februar in Oppeln (Döblich).
6. - 16. März in Langenbielau (Neugebauer).
7. - 16. Februar in Glätz (Döblich).
8. - 9. März in Glogau (Döblich).
10. - 2. März in Greiffenberg (Windner).

Bezirks- und Vereinsleitungen des 14. Kreises. Von 330 Vereinen sind erst 190 Meldungen eingegangen. Bis zum 30. Januar müssen alle Meldebogen in Händen des Kreisprekators sein. Andernfalls verlieren die Bezirke Mandats. Sorgfältig also für Pünktlichkeit. *Der Kreisrat.*

Tagung der Bezirksjugendleiter. Am Sonntag, dem 26. Januar waren die Bezirksjugendleiter des Kreises in Breslau versammelt, um Bericht zu geben über die geleistete Arbeit 1928/29. Alle Bezirke waren vertreten bis auf den dritten. Aus den Berichten der Bezirksjugendleiter sowie der Bezirksjugendleiter war zu ersehen, daß uns im gesamten Kreisgebiet die geleistete Arbeit erfolgreich vorwärts brachte. Besonders über die abgehaltenen Kurse in den Bezirken wurden berichtet, daß es möglich war, eine Reihe von Jugendheimen heranzubilden. Zur Frage der Abhaltung von behördlichen Veranstaltungen war man der Meinung, daß von den bisherigen Maßnahmen nicht abgesehen werden soll. Für das Kreisfest ist bei der Jugend große Begeisterung vorhanden. Nach Möglichkeit wird eine Mitwirkung am Festspiel stattfinden. Über Kreis- und Bundesfest berichtet Bundesprekator Döblich. Es wurde ein Antrag angenommen, daß alle zwei Jahre zwei Mitglieder aus dem Bundesjugendausschuss auszuwählen. Die Ergänzung muß durch einen anderen ersetzt werden.

Sportvereinigung Volksgewerkschaft-Fantana Wien in Schlesien

In der Zeit vom 17. bis 20. Mai weilt — wie im vergangenen Jahre die Elf des A.S.C. Wönlitz Wien — diesmal wieder eine Wiener Oberligamannschaft in Schlesien. Die ersten Spiele am 17. und 18. Mai wird diese Elf — nämlich die Wiener Volksgewerkschaft — in Waldenburg anlässlich des 2. Internationalen Sportwertfestes gegen die Vereine Gmeiner Ring-Sandberg und den Bezirksmeister Sportfreunde-Waldenburg austragen. In der Wiener Mannschaft spielen unter anderem fünf Genossen, die bereits schon in Breslau tätig waren, wie Florin, Mantenspieler, Grüner, Egl und Beauvale. Die Mannschaft legt sich vornehmlich auf gewöhnliche Profispieler zu und erzielte bei der letzten Deutschlandreise in fünf Spielen fünf Siege und ein Torverhältnis von 30 : 5. Für die Tage: Dienstag, den 20. Mai, Freitag oder Sonnabend, den 24. bzw. 25. Mai und Sonntag, den 26. Mai werden noch interessierte Vereine gesucht, die eventuell solche Spiele zu annehmbaren Bedingungen übernehmen würden. Interessierte Vereine wenden sich an Genossen Max Oster Rüter, Vereinsgeschäftsführer des A.S.C. Wönlitz, Sportfreunde 1928, Waldenburg i. Schl., Hermannstraße 27, III. bei Wosner.

Kreisrat der Arbeiter-Sportvereine Dels

In nächster Zeit findet ein Lehrtage für Vereinsjugendleiter und Techniker in Dels statt. Der Kursus ist für alle Kreisvereine und die Vereine der Nachbarkreise gedacht. Abgehalten wird derselbe am Wochenende, Sonntag nachmittags und Sonntag, im Arbeitstagen ist folgendes vorgesehen: Vorträge auf dem Gebiet der Jugendpflege, Jugend und Sport und deren Erhaltung, Lichtbildvorträge: Jugendwandern im Film, Jugend und Sport vom Gesichtspunkt des Arztes, daswischen liegen praktische Uebungsstunden und Gestaltung der Zusammenkünfte. Alle Vereine des Kreisratells Dels sollen Vertreter (1-2 Genossen oder Genossinnen) für diesen Kursus wählen, die besonderes Interesse für Jugendpflege und Jugendarbeit zeigen, da uns dann auch außer Erfolge gesichert ist. Sollten besondere Wünsche für den Kursus (betreffend Arbeitsplan) vorhanden sein, dann sind diese bald zu melden, damit der endgültige Arbeitsplan bekannt gegeben werden kann. — Die Kosten für den Kursus sowie Fahrtentschädigung trägt das Kartell. — Die nächste Jahresversammlung findet erst im Monat Februar statt, eine Einladung dazu erfolgt noch.

Notizen

Arbeiter-Sportkartell Breslau C. B.

Arbeiter-Sportkartell. Die Generalversammlung des Arbeiter-Sportkartells findet am Mittwoch, dem 12. Februar, 20 Uhr, Zimmer 6 des Gewerkschaftshauses, statt. Tagesordnung: 1. Geschäftliches; 2. Berichte; 3. Anträge; 4. Wahlen; 5. Verschiedenes.

Kartell-Techniker-Ausschuss. Die Kartell-Techniker-Ausschuss-Sitzung findet am Montag, den 3. Februar, 20 Uhr, Kartellbüro, Friedrich-Wilhelm-Straße, statt. Da sehr wichtige Tagesordnung, muß jeder Techniker anwesend sein.

Freie Turnerschaft Breslau C. B.

Jahres-Generalversammlung der Jugend der F.T.B. Gestern, in den frühen Abendstunden, füllte den Theateraal des Jugendheims an der Matthisstraße die Jugend der Freien Turnerschaft Breslau. Recht zahlreich hatten sie sich eingefunden, um Rücksicht und zugleich Ausblick zu halten. Um 17 Uhr wurde die Versammlung durch den Jugendleiter eröffnet. Worten des Dankes an alle Jugendfunktionäre, sowie an alle anderen Genossen folgte ein ausgiebiger Tätigkeitsbericht. Die Diskussion war nicht besonders reich. Die Tätigkeit des Gesamtvorstandes wurde anerkannt. Die Neuwahlen nahmen nur kurze Zeit in Anspruch. Das Ergebnis war folgendes: 1. Jugendleiter H. Tegel, 2. W. Knapik, für die Turnfrauen Ch. Krumm; Jugend-Vorbereitung A. Philipp. Außerdem wurden vier Genossen als Beisitzer gewählt. In Punkt 3 referierte kurz der Jugendleiter. Das vorgeschlagene Arbeitsprogramm wurde angenommen. Der Punkt Kreisfest wurde eingehend besprochen. In großen Anrissen skizzierte der Referent das Festspiel. Unter Verschiedenem wurden noch kleine Angelegenheiten erledigt. Mit einem kräftigen „Frei Heil“ fand die Versammlung ihren Abschluß.

Anschließend ließ ein ausgezeichneter Werbestilm für das Baden „Jungborn der Menschheit“, der neben einer Wiedergabe der geschichtlichen Entwicklung des Badens und mit den modernsten Einrichtungen vertraut machte. Die Freude am nassen Element äußerte sich selbst beim trockenen Zuschauen in wahren Begeisterungszürnen.

An alle Abteilungen. In dieser Woche sind allen Abteilungen Rundschreiben zugegangen. Aufgefallen liegen die Statuten bei. Jede Abteilung muß umgehend dazu Stellung nehmen. Am 29. Januar, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Vereins- und Funktionärversammlung. Am 7. Februar im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses, Jahresgeneralversammlung. Anträge müssen mindestens 8 Tage vorher beim Vorstand eingereicht werden. Das Turnen fällt für alle Abteilungen aus.

An alle technischen Leiter. Am 5. Februar wird die Kreisfahrschule 14-tägig weiter durchgeführt. Wir bitten alle bisher dort tätigen Genossen in gewohnter Form wieder regelmäßig und pünktlich zu erscheinen. Der dahingehörende Mittwoch wird von der F.T.B. belegt. Das Arbeitsprogramm wird immer rechtzeitig bekannt gegeben. Am 12. Februar, 19.30 Uhr, sind alle Turnwart der Männerabteilungen in der oberen Turnhalle der Liegnitzer Schule, 19.30-20 Uhr Gymnastik, 20-20.30 Uhr ein-üben der ersten Kreisfestübungen; ab 20.30 Uhr, Aufstellung einer Jugend- und einer Männerriege als Vereinsriege. Außerdem werden die Pflichtenübungen an den Geräten für Jugend- und Männerturner zum Kreisfest durchgeführt.

An alle Jugendabteilungen. Am 15. Februar Vereinsjugendversammlungen. Im Jugendheim, Friedrich-Wilhelmstraße; heiterer Abend, Leitung Genosse Jüttner. Im Jugendheim des Gewerkschaftshauses Lichtbildvortrag: Hamburg und sein Hafen.

Vorzeige. Spiel und Sport! Sonntag, den 6. April, vormittags: Waldlauf, verbunden mit Handball-Werbeispielen, im Oswitz, köstlicher Sportplatz bei Weidmannsruh. Es spielen: 5. Abt. 1-7. Abt. 1, 5. Abt. Altersspieler — 7. Abt. Altersspieler; Laufstrecken: 800, 1500, 3000, 5000 Meter. Start und Ziel auf dem Sportplatz.

1. Männer-Abteilung. Alle Herren des Rifolators, welche Sport betreiben wollen und am offiziellen Uebungsbetrieb nicht mehr teilnehmen können, treffen sich jeden Dienstag von 20.30 bis 21.30 Uhr in den Gymnastikstunden der Freien Turnerschaft Breslau, Koloner Schule.

2. Männer-Abteilung. Unser Spielbetrieb beginnt demnächst im Ostpark. Näheres in der Turnhalle.

5. Männer-Abteilung. Unsere für den 8. März angelegte Veranstaltung kann umständlicher erst am 15. März im Bergkeller stattfinden.

8. Männer-Abteilung. Am 31. Januar fällt das Kinderturnen aus. Die Erwachsenen beginnen pünktlich um 20 Uhr.

Bezirks- und Vereinsleitungen des 14. Kreises. Von 330 Vereinen sind erst 190 Meldungen eingegangen. Bis zum 30. Januar müssen alle Meldebogen in Händen des Kreisprekators sein. Andernfalls verlieren die Bezirke Mandats. Sorgfältig also für Pünktlichkeit. *Der Kreisrat.*

Tagung der Bezirksjugendleiter. Am Sonntag, dem 26. Januar waren die Bezirksjugendleiter des Kreises in Breslau versammelt, um Bericht zu geben über die geleistete Arbeit 1928/29. Alle Bezirke waren vertreten bis auf den dritten. Aus den Berichten der Bezirksjugendleiter sowie der Bezirksjugendleiter war zu ersehen, daß uns im gesamten Kreisgebiet die geleistete Arbeit erfolgreich vorwärts brachte. Besonders über die abgehaltenen Kurse in den Bezirken wurden berichtet, daß es möglich war, eine Reihe von Jugendheimen heranzubilden. Zur Frage der Abhaltung von behördlichen Veranstaltungen war man der Meinung, daß von den bisherigen Maßnahmen nicht abgesehen werden soll. Für das Kreisfest ist bei der Jugend große Begeisterung vorhanden. Nach Möglichkeit wird eine Mitwirkung am Festspiel stattfinden. Über Kreis- und Bundesfest berichtet Bundesprekator Döblich. Es wurde ein Antrag angenommen, daß alle zwei Jahre zwei Mitglieder aus dem Bundesjugendausschuss auszuwählen. Die Ergänzung muß durch einen anderen ersetzt werden.

Tagung der Bezirksjugendleiter. Am Sonntag, dem 26. Januar waren die Bezirksjugendleiter des Kreises in Breslau versammelt, um Bericht zu geben über die geleistete Arbeit 1928/29. Alle Bezirke waren vertreten bis auf den dritten. Aus den Berichten der Bezirksjugendleiter sowie der Bezirksjugendleiter war zu ersehen, daß uns im gesamten Kreisgebiet die geleistete Arbeit erfolgreich vorwärts brachte. Besonders über die abgehaltenen Kurse in den Bezirken wurden berichtet, daß es möglich war, eine Reihe von Jugendheimen heranzubilden. Zur Frage der Abhaltung von behördlichen Veranstaltungen war man der Meinung, daß von den bisherigen Maßnahmen nicht abgesehen werden soll. Für das Kreisfest ist bei der Jugend große Begeisterung vorhanden. Nach Möglichkeit wird eine Mitwirkung am Festspiel stattfinden. Über Kreis- und Bundesfest berichtet Bundesprekator Döblich. Es wurde ein Antrag angenommen, daß alle zwei Jahre zwei Mitglieder aus dem Bundesjugendausschuss auszuwählen. Die Ergänzung muß durch einen anderen ersetzt werden.

Tagung der Bezirksjugendleiter. Am Sonntag, dem 26. Januar waren die Bezirksjugendleiter des Kreises in Breslau versammelt, um Bericht zu geben über die geleistete Arbeit 1928/29. Alle Bezirke waren vertreten bis auf den dritten. Aus den Berichten der Bezirksjugendleiter sowie der Bezirksjugendleiter war zu ersehen, daß uns im gesamten Kreisgebiet die geleistete Arbeit erfolgreich vorwärts brachte. Besonders über die abgehaltenen Kurse in den Bezirken wurden berichtet, daß es möglich war, eine Reihe von Jugendheimen heranzubilden. Zur Frage der Abhaltung von behördlichen Veranstaltungen war man der Meinung, daß von den bisherigen Maßnahmen nicht abgesehen werden soll. Für das Kreisfest ist bei der Jugend große Begeisterung vorhanden. Nach Möglichkeit wird eine Mitwirkung am Festspiel stattfinden. Über Kreis- und Bundesfest berichtet Bundesprekator Döblich. Es wurde ein Antrag angenommen, daß alle zwei Jahre zwei Mitglieder aus dem Bundesjugendausschuss auszuwählen. Die Ergänzung muß durch einen anderen ersetzt werden.

Breslauer Hallenschwimmbad

Schwimmhallen für Männer und Frauen
Schwimmunterricht, Massage, Wannen,
Dampf- und Elektr. Bäder, Inhalation

Außer Sonntagen fallen nehmend von 9 bis 9 Uhr

Am 4. Februar wird der Betrieb nach der Liegnitzer Turnhalle verlegt.

7. Frauenabteilung. Montag, 3. Februar, Abteilungsversammlung.

Wassersport

Freie Rudervereinigung Breslau C. B. Heut, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Vorstandssitzung. — Freitag, 31. Januar, 20 Uhr, Gewerkschaftshaus: Jahres-Hauptgeneralversammlung.

Fußball

Bezirksvorstand. Der ordentliche Sporttag findet am Sonntag, dem 23. Februar, vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, statt. Anträge müssen bis Montag, den 3. Februar, an Genossen Otto Neugebauer, Oppstraße 14, eingereicht sein. Die Delegation regelt sich wie folgt: Bis 50 Mitglieder ein Genosse, auf je weitere 25 Mitglieder ein weiterer Delegierter.

Hauptspielausschuss. Die am Mittwoch stattgefundenen Hauptspielausschussbeschlüsse beschloß folgendes: Der Serienbeginn 1930 wurde auf den 16. Februar gelegt. Die Vereine B.F. und Union-Deutsch-Lissa melden zur neuen Serie je eine 1b-Mannschaft, die den ersten Mannschaften der zweiten Klasse zugeteilt werden. Vereine, welche Schirmmannschaften haben, melden dieselben bis Montag, den 3. Februar, an den Gruppenspielausschuss, da die Ansetzung der Spiele durch den Spielausschuss geschieht. Fehlende Mitglieder- und Mannschafts-Meldungen sind bis heute abend beim Spielausschuss Frla, Jahnstraße, abzugeben.

Verhandlungsausschuss. Ladungen für 3. Februar, 20 Uhr: Bezirksvertreter Südost und B.F.-Waldberg, dazu Spielführer Südost zweite Mannschaft vom Spiel am 12. Januar, Alfred Schinte-Südost, August Wäher-B.F.-Waldberg, 20.15 Uhr: Bezirksvertreter Herta und Hundsfeld, dazu beide Spielführer erste Mannschaft vom Spiel am 23. Dezember 29, sowie Sauer (Herta), Kaffler (Hundsfeld) und Schiedsrichter Vohl (Freie Sportfreunde), 20.30 Uhr: Jugendleiter R. Krole (1928), Schiedsrichter Blum, 20.45 Uhr: Weigand (Sturm), Schiedsrichter R. Krole (1928), 21 Uhr: Bezirksvertreter B.F. und 1924, 21.30 Uhr: folgende Schiedsrichter: Mahner, Gomille, Urawa Fr., Malachin, Schwabe, Grieschitz, Gabel, Berndt und Paul-Deutsch-Lissa.

Athletik

Arbeiter-Athleten-Bund, 1. Bezirk, 9. Februar, 15 Uhr, in der Vestingturnhalle: Vorrunde um die Kreismeisterschaft im Ringen zwischen Freie Sportvereinigung 1887 und Eintracht Panitzsch. — 25. Januar, 19.30 Uhr: Bezirksvorstandssitzung bei Melain, Kuratstraße.

Sportvereinigung Nordost 03 e. V. Breslau. Sonntag, den 2. Februar, führt die zweite Ringermannschaft Bezirksmeister 1929/30 zur Vorrunde um die Kreismeisterschaft nach Frankenstein in Schlesien. Die Sportgenossen treffen sich früh 5 1/2 Uhr am Hauptbahnhof, Haupteingang.

Arbeiter-Radsfahrer-Verein „Solidarität“

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerebund „Solidarität“, Ortsgruppe Breslau. Mittwoch, den 20. Januar, 20 Uhr, Monatsversammlung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 7/8. — Ab Februar finden alle Sonntage Ausfahrten statt. Start 18 Uhr am Ring. Ziel wird dabeilbst beauftragt.

5. Abteilung. Dienstag, den 28. Januar, Abteilungsabend bei Wolff, Hedwigstraße 15.

Jugendabteilung: Heim West: Montag, den 27. Januar, Heimabend, Friedrich-Wilhelm-Str. 45. — Heim Nord: Dienstag, den 28. Januar, Heimabend in der Vestingturnhalle, Schulhaus 1, Zimmer 2, Eingang 3. — In die Heimabende sind 30 Pf. für den Hochvorrat mitzubringen.

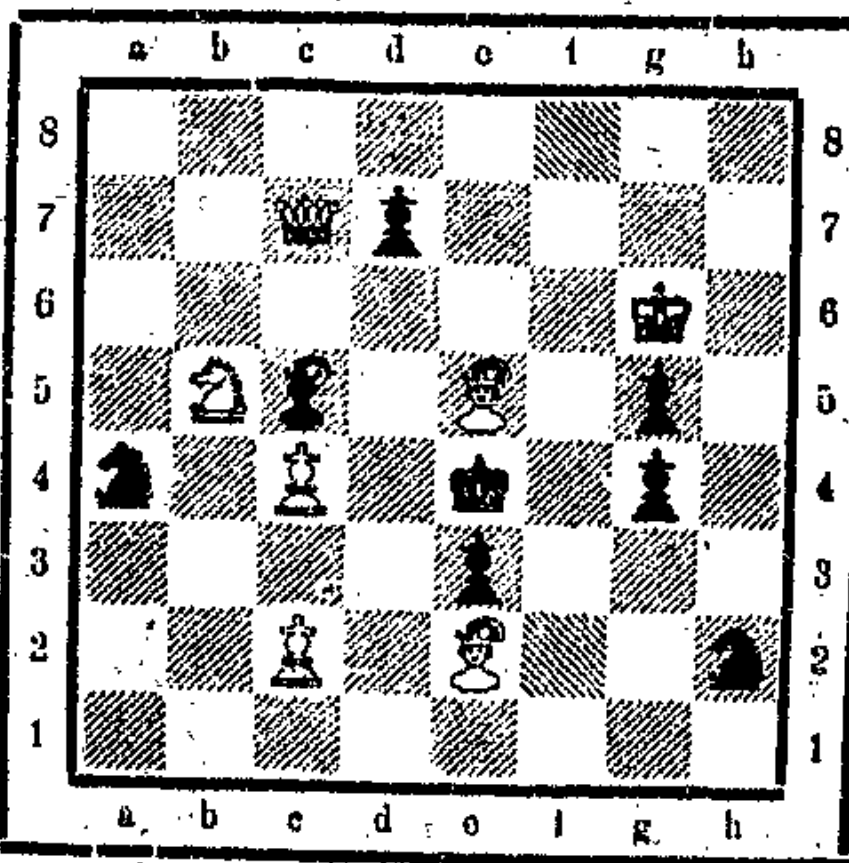
Touristenverein „Die Naturfreunde“

Gymnastik, Dienstag, 19 1/2 Uhr, Feldstraße 30. Rudergruppe. Diese Woche fällt unser Abend aus. Nächster Abend am 5. Februar. Samstag, Alles muß Freitag im Gewerkschaftshaus erscheinen.

Schach.

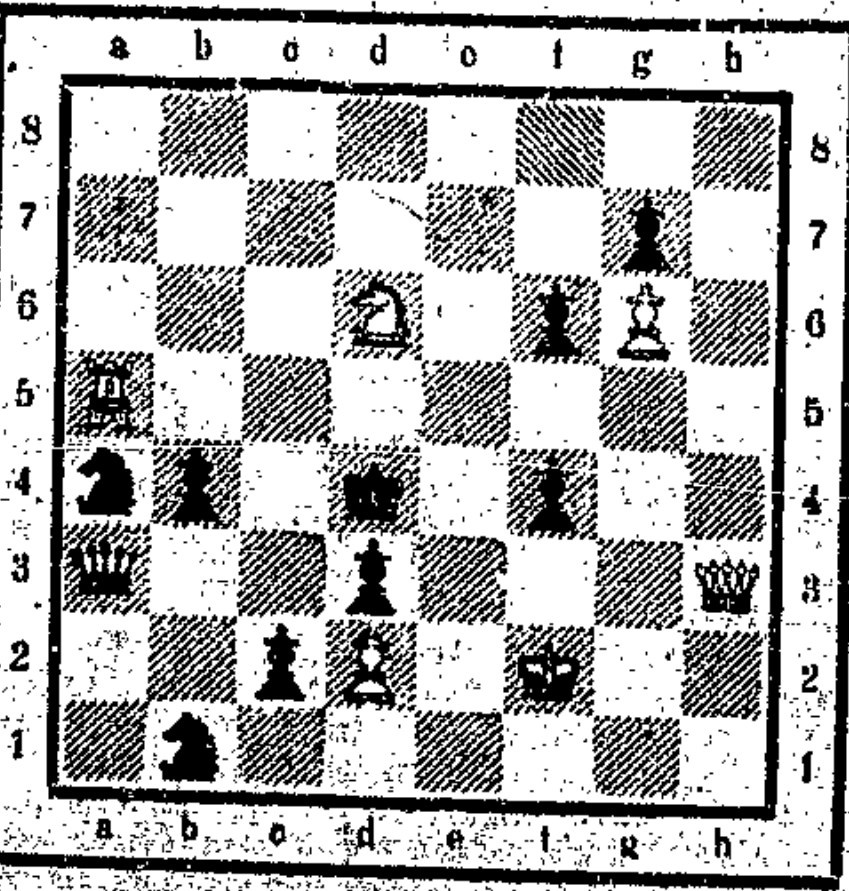
Beauftragte vom Arbeiter-Schachverein Breslau. Zuschriften sind zu richten für Problemteil an R. Kitzner, Breslau 17, Wöbelwstraße 22; für Partien- und Organisationsfragen an W. Söher, Breslau 21, Gewaltstraße 10, III. Breslau im Januar 1930

Aufgabe Nr. 105. W. Söher, Breslau (Original)



Matt in zwei Zügen.
Weiß: Kg6, Dc7, Le2, e5, Sb5, Bc2, c4.
Schwarz: Ke4, Lc5, Sa4, h2, Bd7, e3, d4, g5.

Aufgabe Nr. 106. Dr. Fritz Hoffmann, München (Quelle?)



Matt in drei Zügen.
Weiß: Kf2, Dh3, Ta5, Sd6, Bd2, g6.
Schwarz: Kd4, Da3, Sa4, b1, Bb4, e2, d3, f4, f6, g7.

Unter bestimmten Aufgaben setzen uns mit Nr. 106 eine doppelte Aufgabe oder mehrere Aufgaben, welche in welcher wir das alles finden welches am Kombinationspiel geht. Diese Aufgabe wird bestimmt gelöst in Aufgabe Nr. 106, muß an Stelle des Turmes auf d2 ein weißer Bauer stehen. Auch muß es heißen B a3 laut Diagramm.
Lösungen: Nr. 105: 1. c5-c6, 2. Txc6, 3. Txc6, 4. e3-e4, 5. e5-e6, 6. d4-d5, 7. d6-d7, 8. d8-d7, 9. d7-d8, 10. d8-d7, 11. d7-d8, 12. d8-d7, 13. d7-d8, 14. d8-d7, 15. d7-d8, 16. d8-d7, 17. d7-d8, 18. d8-d7, 19. d7-d8, 20. d8-d7, 21. d7-d8, 22. d8-d7, 23. d7-d8, 24. d8-d7, 25. d7-d8, 26. d8-d7, 27. d7-d8, 28. d8-d7, 29. d7-d8, 30. d8-d7, 31. d7-d8, 32. d8-d7, 33. d7-d8, 34. d8-d7, 35. d7-d8, 36. d8-d7, 37. d7-d8, 38. d8-d7, 39. d7-d8, 40. d8-d7, 41. d7-d8, 42. d8-d7, 43. d7-d8, 44. d8-d7, 45. d7-d8, 46. d8-d7, 47. d7-d8, 48. d8-d7, 49. d7-d8, 50. d8-d7, 51. d7-d8, 52. d8-d7, 53. d7-d8, 54. d8-d7, 55. d7-d8, 56. d8-d7, 57. d7-d8, 58. d8-d7, 59. d7-d8, 60. d8-d7, 61. d7-d8, 62. d8-d7, 63. d7-d8, 64. d8-d7, 65. d7-d8, 66. d8-d7, 67. d7-d8, 68. d8-d7, 69. d7-d8, 70. d8-d7, 71. d7-d8, 72. d8-d7, 73. d7-d8, 74. d8-d7, 75. d7-d8, 76. d8-d7, 77. d7-d8, 78. d8-d7, 79. d7-d8, 80. d8-d7, 81. d7-d8, 82. d8-d7, 83. d7-d8, 84. d8-d7, 85. d7-d8, 86. d8-d7, 87. d7-d8, 88. d8-d7, 89. d7-d8, 90. d8-d7, 91. d7-d8, 92. d8-d7, 93. d7-d8, 94. d8-d7, 95. d7-d8, 96. d8-d7, 97. d7-d8, 98. d8-d7, 99. d7-d8, 100. d8-d7.